

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Kisteplatz 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste
Schriftzüge ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeschickt

Um die Arbeitslosenversicherung

Wie aus der Tagespresse zu ersehen ist, hat der Reichsarbeitsminister mit den Regierungsparteien vereinbart, daß sie ihre Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung bei ihm einreichen. Die Regierung wolle hierauf eine Vorlage ausarbeiten, die dann so schnell durch den Sozialpolitischen Ausschuss getrieben werden solle, daß sie von der Vollversammlung des Reichstages noch im August verabschiedet werden könne.

Was ist es nun mit den vielen Zeitungsausschnitten, die so laut nach einer Reform der Arbeitslosenversicherung schreien? Im Arbeitsgesetz vom Jahre 1927 ist ein Beitrag von 3 vH des jeweiligen Krankentagegeldes vorgesehen. Mit den auf diese Weise einkommenden Summen können 800 000 Arbeitslose unterstützt werden. Der harte und langanhaltende Winter hatte eine riesige Arbeitslosigkeit im Gefolge, wodurch das Reich gezwungen war, erhebliche Zuschüsse an die Reichsanstalt zu leisten. Diese Zuschüsse mußten nun irgendwie durch Mehreinnahmen wieder eingebracht werden, um den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Und da die besitzenden Schichten nun einmal geschworene Steuerfeinde sind — wenn das Steuerzahler nicht der großen Masse aufgezogen wird — schossen in den letzten Wochen die Reformvorschläge für die Arbeitslosenversicherung wie Pilze nach einem warmen Regen hervor.

Nach dem Vorschlag der Deutschen Volkspartei soll ein Versicherter, der 26 Wochen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geleistet hat, 40 vH der jetzt bestehenden Unterstützungssätze erhalten. Wer mehr als 26, jedoch noch keine 39 Beitragswochen nachweisen kann, soll 60 vH erhalten. Bei einer Beitragsleistung von mehr als 39, aber nicht mehr als 52 Wochenbeiträgen sollen dem Versicherten 80 vH zustehen. Nur der, der 52 Wochen ununterbrochen seine Beiträge geleistet hat, soll in den Genuss der vollen Unterstützungssätze gelangen.

Diese Staffelung der Unterstützungssätze ist der Kern der Reform der Volkspartei. Mit diesem Vorschlag gehen wohl alle bürgerlichen Parteien einig. Nur die Deutschdemokratische Partei hat noch weitgehende Anträge für den Aufbau der Versicherung. Ihre Vorschläge zielen im wesentlichen in einer Verschlechterung der Unterstützung für Saisonarbeiter, der Hausarbeiter und der Ehefrauen und in der Staffelung der Beiträge und Bezugsdauer. Im Antrag der Deutschdemokraten wird für künftig eine Umwandlungszeit von 39 (bisher 26) Wochen gefordert. Die Bemessung der Unterstützung für die Saisonarbeiter soll nach der Höhe der Lohnklassen I bis VI erfolgen. Bei den Heimarbeitern soll nur der Haushaltsvorstand versichert sein. Weiter soll für die Zugehörigkeit des Arbeitslosen zu den einzelnen Lohnklassen künftig bloß das Arbeitsverdienst der letzten 9 (bisher 3) Monate maßgebend sein. In die sogenannte Gefahrenklasse sollen eingruppiert werden die Landwirtschaft, das Baugewerbe, Angestellte ufm.

Die Anträge der bürgerlichen Parteien bedeuten in der Praxis eine Leistungsabgabe von 25 bis 50 vH der jetzigen Unterstützungssätze. Sie werden aber auch, falls sie angenommen werden, eine weitere Belastung der ohnehin schon sehr belasteten Gemeinden mit sich bringen. Denn nicht unbedeutende Teile der dann völlig unzulänglich unterstützten würden mit ihrem Einkommen nicht unbedeutend unter den von den Gemeinden als unumgänglich notwendig anerkannten Sätzen der Wohlfahrtsunterstützung verbleiben.

Selbst, recht bedauernd ist es, daß es mit dem Austräumen von Mißständen, wovon die „Reformer“ so laut kreischen, sehr still geworden ist. Die Arbeitgeberverbände, die sich vor Gott und den Menschen berufen fühlen, in Geldsachen streng nachzusehen — wenn arme Teufel und nicht etwa die Stinnes in Frage stehen — haben sogar ein besonderes Büro „zur Feststellung von Mißbräuchen“ geschaffen. Wo bleibt nun dieses jämmerliche Büro mit seinem „Material“? Höchst verdächtig! Sollte das Ergebnis der „Feststellung von Mißbräuchen“ diesen kümmerlichen Säuglingen der Reichskasse die Stimme verschlagen haben?

Bei der Reichsanstalt waren ganze 40 Fälle von „Mißbräuchen“ gemeldet. Selbst diese bei Millionen Versicherter lächerlich kleine Zahl ist nicht mal einwandfrei als Mißbrauch festgestellt. Die mundwertvollen Kritiker aus dem Unternehmerlager weisen mit Vorliebe darauf hin, daß das Stempel bei vielen Arbeitern zur Gewohnheit geworden und geeignet sei, ihre Arbeitsunlust zu fördern. Gewiß kann es auch unter den Arbeitslosen einen mit Arbeitsunlust belasteten geben. Zur Ehre der Arbeiterschaft muß aber gesagt werden, daß sie lieber arbeitet als stempeln geht, ganz besonders dann, wenn die Beschäftigung ihnen soviel einbringt, daß sie ihren Lebensunterhalt einigermaßen bestreiten kann. Erzieherisch und belehrend für diese Art Kritiker wäre es, wenn sie selbst mal einige Monate auf die „hohen“ Unterstützungssätze der Versicherung angewiesen wären.

Es soll nicht geleugnet werden, daß ein Mißbrauch besteht, wenn auch lange nicht in dem behaupteten Ausmaße. Dieser Mißbrauch, die Schwarzarbeit, ist jedoch nur dort möglich, wo die Unternehmer selbst die Hand dazu bieten. Es ist doch so, daß bei der Verdrängung von Schwarzarbeit meistens ein untertariflicher Lohn geboten und genommen wird. Der ausländische Arbeiter, der durch die gewerkschaftliche Schule gezeugt ist, wird es ablehnen, Mehreinnahmen dadurch zu erlangen, daß er seinen Kollegen als Lohnrücker in den Rücken fällt. Die Unternehmer mögen sich also erst mal im eigenen Lager nach dem Mißbrauch der Versicherung umsehen, ihre Kritiken in dieser Beziehung werden dann merklich zusammenstumpfen oder völlig verstummen. Wenn es in dieser einen Hinsicht wirklich hapert, so liegt das nicht am Gesetz, sondern an der Kontrolle, die ausgebaut werden muß, jedoch nach beiden

Seiten. Das einfachste und durchschlagendste Erfolg versprechende Mittel gegen einen Mißbrauch der Versicherung durch Schwarzarbeit wäre die gesetzliche Einführung des Meldebzwanges für jede offene Stelle.

Das Unternehmertum vergißt geflissentlich, bei dem Lamentieren über den Unfug der Schwarzarbeit auf eine Schwarzarbeit hinzuweisen, die in den eigenen Reihen ausgeübt wird. Diese Schwarzarbeit kostet dem Staate eine dicke Stange Gold. In Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges werden bekanntlich die Arbeitskräfte einfach aufs Pflaster geworfen. Das Unternehmertum macht sich weiter keine Sorgen, wie dem abzuhelfen ist, denn wofür haben wir die — Arbeitslosenversicherung! Die ist doch dazu da, um unseren „genialen“ Wirtschaftsführern die Sorge abzunehmen. Wenn dann die durch die Beiträge aufgebrachten Mittel nicht ausreichen und der Staat Zuschüsse leisten muß, dann heulen die Unternehmerblätter wie Verzerker über — Mißbrauch der Versicherung.

Es ist natürlich kein Mißbrauch, keine Verschwendung von Staatsgeldern, wenn öffentliche Mittel der „Wirtschaft“ in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt werden! Es ist auch kein Mißbrauch der Versicherung, wenn das „nationale“ Unternehmertum ausländische Arbeitskräfte hereinholt und die deutschen Arbeiter zu Lasten der Versicherung „ablegt“. Erinnert sei nur an die dauernd erhöhte Zahl polnischer Landarbeiter und anderes mehr.

Wir wissen sehr wohl, daß es viele Arbeiter gibt, die nicht bestehen können, daß die Reichskasse ausgerechnet immer dann kein Geld zu besitzen vorgibt, wenn es sich um arme Teufel, um die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung handelt.

Die so meinenden Arbeiter halten dafür, daß das Reich auch ohne die Beitragserhöhung, das heißt ohne einen noch tieferen Griff in die Tasche schon zu leere Kassen hätte Mittel für die Erhaltung der Erwerbslosen aufbringen könnte, wenn nicht mehr das Steuergeld haufenweise an Unternehmen, die durch die Unfähigkeit ihrer Besitzer auf den Hund gekommen sind, verschleudert würde; wenn man sogenannte Fehlinvestitionen unterbände und den Moloch Militarismus nicht in so unerhörtem Maße weitermäste, und wenn man mit den hohen Pensionen verfloßener Minister, Offiziere und hohen Bürokraten abführe. Warum immer und in erster Linie bei der menschlichen Arbeitskraft so sparsam werden, die doch, wenn wir nicht irren, laut Reichsversicherung des gesetzlichen Schutzes in weitem Maße teilhaftig sein soll?

Die Vorschläge der „Reformer“ sind, darüber kann kein Zweifel bestehen, nur Vorwände; ihnen ist die ganze Versicherung ein Dorn im Auge. Da sie sich jedoch nicht trauen, die Unterstützung der Erwerbslosen mit einem Schläge zu beseitigen, so wollen sie sie stückweise abbauen. Es ist ein Loben der Reichen gegen die Armen, der Satten gegen die Hungrigen. Die alte Waise: Die Krankenversicherung tötet den Willen zur Gesundung; die Invalidenversicherung lähmt den Spartrieb; die Arbeitslosenversicherung fördert die Arbeitsunlust!

Offenkundig bleibt bei den Beratungen des Sachverständigen-Ausschusses von dem so mächtig emporgewucherten Reformunkraut nicht viel übrig. Die Versicherung an sich ist gut, sie bedarf nur einer schärferen Kontrolle, insbesondere hinsichtlich der Unternehmung, die allzu rasch mit Entlassungen bei der Hand sind und dadurch die Arbeitslosenversicherung belasten.

Herr v. Borfig und die Kostgänger des Staates

In Nr. 142 der Beramerkszeitung befinden sich Ausführungen des Herrn v. Borfig über die nächsten Aufgaben. Er setzt sich dort für die Wirtschaftsentlastung ein und kritisiert die bisherigen Maßnahmen. Dann heißt es in dem Aufsatz wörtlich:

„Es kann nicht leugnet und während genug Front gemacht werden gegen die vielen Interessierten und Kostgänger, die bereit stehen, um die Verminderung der diesjährigen Reparationszahlung für ihre Sondernutzen und neue Staatsaufgaben zu beschlagen. Aber selbst eine Neuordnung unserer Finanzwirtschaft bei strengster Ablehnung aller neuen Ausgaben und Positionen macht notwendige Reformen, die schon seit langem von allen Einsichtigen gefordert werden, nicht überflüssig. Was nottut, ist ein klares Ausbringungsprogramm der Reparationslast, das alle Kreise zu dieser Last und dem Bewußtsein, sie zu tragen, heranzieht und nicht allein die Wirtschaft belastet, die im Gegenteil für die nächste Zeit dringend eine Herabsetzung derjenigen Steuern braucht, welche die Kapitalbildung heute so stark drohen. Die besondere Industriebelastung wird fallen müssen, um so mehr, als sich diese spezialisierte Aufbringung der Reparationslast nationalpolitisch nicht bewährt hat, da sie das allgemeine Gefühl für die Existenz und die Folgen einer solchen Last ungehindert schwächt. Mit einem solchen Programm muß eine Revision unserer amtlichen Wirtschaftspolitik verbunden sein, die von dem Willen getragen ist, die produktiven Kräfte zu fördern und die Wirtschaftsiniziativ in Deutschland anzuregen, aber nicht, sie über Gebühr einzuengen und außer Landes zu scheuchen. Hierbei gehört auch der Verzicht auf eine amtliche Lohnpolitik, die von einer großen Teil falschen Konsumtheorie ausgeht und zu einer mechanischen Steigerung unseres Lohnniveaus ohne Rücksicht auf Konjunktur, Erzeugungskosten und Auslandswettbewerb führt.“

Wenn man liest, daß Front gemacht werden müsse gegen die vielen Kostgänger und Sondernutzen, so wird mancher geneigt sein, anzunehmen, Herr v. Borfig habe dabei an die vielen seiner Standesgenossen gedacht, die sich durch Melken der Reichskasse fett machen. Das können allerdings nur Leute annehmen, die den Vorstehenden der Arbeitgeberverbände und deren vaterländische Opferlust nicht kennen. Mit den Kostgängern meint er offenbar die Arbeiter, die von früh bis spät schreien und dennoch kaum genug zum Leben haben, nicht etwa die Leute mit einem Einkommen von 100 000 M. aufwärts. Damit Herr v. Borfig bei niemandem in den schändlichen Verdacht kommt, er denke an die großen und wohlberfolgten Sub-

ventionen der Reichskasse, sagt er gleich deutlich, wen und was er heranziehen will. Er verlangt ausdrücklich die Verminderung der Reparationslast auf einer Senkung der Weltmarktpreise zu beruhen, um die Kapitalbildung zu fördern. Darüber hinaus fordert er eine Revision der amtlichen Wirtschaftspolitik überhaupt. Dabei steht die amtliche Lohnpolitik an erster Stelle. Man weiß, was damit gemeint ist: Aufhebung des Schlichtungsmanges, Verzicht darauf, Schiedsprüche mit Lohnhöhung für verbindlich zu erklären und was dergleichen Dinge mehr sind.

Die Tatsache, daß wenige Tage nach Abschluß der Reparationsverhandlungen der Vorstehende der Arbeitgeberverbände öffentlich mit einem Programm hervortritt, zeigt, daß man von jener Seite schnell ans Werk zu gehen gedenkt. Für die Arbeiterschaft muß dies eine Mahnung sein.

Der ADGB zum Youngplan

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an den Reichskanzler und an den Reichsfinanzminister das folgende Schreiben gerichtet:

„Innerhalb weniger Wochen sollen die im Youngplan vorgeschlagenen Organisationskomitees zusammenzutreten, um das Sachverständigengutachten in Einzelheiten auszubauen. Es handelt sich hierbei wieder um Fragen, die auch die Interessen der Arbeiterschaft weitgehend berühren. Für die Reichsbahn-Gesellschaft wird im Youngplan sogar ausdrücklich auf die Regelung der Personalangelegenheiten hingewiesen. Ebenso sehr sind die Arbeitnehmer an der neuen Fassung des Bankgesetzes sowie den anderen von den Organisationskomitees zu bearbeitenden Fragen interessiert. Zu den Verhandlungen in Paris sind Gewerkschaftsvertreter trotz unseres ausdrücklichen Wunsches nicht hinzugezogen worden. Es konnten deshalb in den Youngplan Bestimmungen aufgenommen werden, die für die Arbeiterschaft besonders abträglich sind. Um so dringlicher ist jetzt die Einziehung von Gewerkschaftsvertretern, damit bei der Abfassung der Ausführungsbestimmungen wenigstens diese Fehler, soweit möglich, wieder ausgeglichen werden können. Wir müssen um so mehr auf der Verdrängung unserer Forderungen bestehen, als der Arbeiterschaft jetzt anscheinend auf anderen Gebieten Opfer zugemutet werden sollen, die ohnedies tiefe Erregung in ihren Kreisen auslösen.“

Eine Probe aufs Exempel Die Löhne der Metallarbeiter Berlins

Bekanntlich behaupten die Unternehmer unablässig, daß es den deutschen Arbeitern recht gut gehe. Die Löhne seien, nach ihrer realen Kaufkraft gemessen, bereits höher, als sie vor dem Kriege waren und reichten zu einer befriedigenden Lebenshaltung vollkommen aus; kurz, „die ganzen Erfolge der Rationalisierung seien den Arbeitern und Angestellten zugute gekommen“; das Proletariat sei die einzige Klasse des deutschen Volkes, die unter den Folgen des verlorenen Krieges nicht zu leiden habe. Nimmt man demgegenüber die amtliche Lohnstatistik zur Hand und weist nach, daß die dort angegebenen Löhne, verglichen mit den Preisen der Lebenshaltung, bei weitem nicht genügen, so bekommt man alsbald zu hören: das seien nur die Tariflöhne, die auf dem Papier stehen, aber Papier sei gegenüber dem realen Unternehmertum weit mehr wert. Da ist es zu b zwei Jahren aus Arbeitsverdi ob und wie weit es höher sind als die 1 Nachdem bereits

aus der Textil-, Holz- und chemischen Industrie veröffentlicht worden sind, liegt nunmehr (in der amtlichen Zeitschrift Wirtschaft und Statistik, I. Juniheft 1929) die Frucht gleicher Ermittlungen aus der Berliner Metallindustrie für Oktober 1928 vor. Es wurden dabei die Verhältnisse von 29 Großbetrieben mit 81 100 Arbeitern festgestellt. Das ist nahezu ein Drittel aller in Großbetrieben Berlins beschäftigten Metallarbeiter. Denn deren Gesamtzahl beträgt 260 100. (Außerdem gibt es in Berlin noch 30 300 Metallarbeiter in Kleinbetrieben, deren jeder nur 10 oder noch weniger Arbeiter beschäftigt.) Man darf also mit Jung und Recht annehmen, daß die hier aufgedeckten Zustände in sämtlichen Berliner Großbetrieben der Metallindustrie ebenso sind. Hintereinander entspricht Berlin in all solchen Dingen gewöhnlich ungefähr dem Durchschnitt des Reichs, so daß man weiter annehmen darf, daß die in Berlin ermittelten Ergebnisse für das ganze Reich zutreffen. Übrigens sollen Erhebungen aus anderen Teilen Deutschlands noch veröffentlicht werden. Vor allen Dingen erweist sich eine Behauptung der Unternehmer als richtig: bei weitem die meisten jener 81 100 Berliner Metallarbeiter bekamen im Oktober 1928 mehr als 100 M. als die tariflich vereinbarten Löhne. Es befanden sich unter ihnen:

31944	gelernte Facharbeiter	= 39,4 vH der Gesamtzahl
12106	angelernte Arbeiter	= 14,9
14616	ungelernte Hilfsarbeiter	= 18
22481	weibliche Arbeiter	= 27,7
81146		100 vH

(Bauter erwachsene Arbeiter, die Männer über 21, die Frauen über 18 Jahre alt.) Davon wurden nur 4722 Frauen, die im Zeitlohn standen, nach Tarif bezahlt; knapp 6 vH der Gesamtzahl. Die übrigen 94 vH bekamen mehr als den Tariflohn, und zwar meist recht erheblich mehr. Bei den Frauen und Hilfsarbeitern überstieg der wirkliche Lohn den Tariflohn um 2 bis 3 1/2 vH, bei den Angelernten um 5 bis 8 vH, bei den Facharbeitern sogar um 8 bis 11 1/2 vH. Und wir haben gesehen, daß die Facharbeiter die zahlreichsten waren; von den 81.100 waren fast 32.000 oder zwei Fünftel Facharbeiter.

Wie hoch waren nun diese übertariflichen Löhne? Der wöchentliche Bruttobehalt (das heißt ohne Abzüge) betrug im Oktober 1928 durchschnittlich:

für männliche Facharbeiter	58 M
Angelernte	47
Ungelernte	42,40
Frauen	29

In der Erhebung sind noch die Zeitlöhne und die Stücklöhne unterschieden. Da dies jedoch ein schwer übersehbares Zahlengewirr ergibt und da überdies die Stücklöhne gar nicht viel mehr in der Woche einbringen als die Zeitlöhne (bei den Facharbeitern zum Beispiel nur 2 M), habe ich aus beiden den Durchschnitt gezogen.

An diesen Zahlen gibts nichts zu drehen und zu deuteln. Sie lassen keine Hintertürchen mehr offen. Das sind die Löhne, die die Berliner Metallarbeiter wirklich bekommen haben. (Von den Abzügen reden wir noch.) Und wie gesagt, sind sie tatsächlich höher als der Tarif.

Somit haben die ungelerten Berliner Metallarbeiter (um zunächst von diesen zu sprechen) im Oktober 1928 42 bis 47 M tatsächlichen Lohn bekommen. Das sind in 52 Wochen — falls keine Arbeitslosigkeit oder Krankheit eintritt — 2450 M. Die Kosten des notwendigsten Lebensunterhalts (des allerdürftigsten, nur um gerade „Unterernährung und Verwahrlosung“ zu verhüten) hat der Direktor des Berliner Statistischen Amtes für eine kleine Arbeiterfamilie im Sommer 1928 auf 200 M im Monat, das heißt 2400 M im Jahr berechnet, jedoch ohne die Ausgaben für Steuern und Sozialversicherung. Es stellt sich somit heraus, daß die ungelerten Berliner Metallarbeiter — auch die sogenannten „angelernten“ — jenen allerandürftigsten Lebensunterhalt nicht haben! Obwohl sie mehr als den Tariflohn bekommen.

Aber die gelernten Facharbeiter haben ihn doch wenigstens? Meistens, ihre 58 M Wochenlohn ergeben im Jahr (immer volle Beschäftigung vorausgesetzt) etwas über 3000 M. Jedoch nur müssen wir den Abzügen näher treten. Es ist ein Verdienst dieser Erhebung, daß sie die Frage der Abzüge endlich einmal klärt, die immer Gelegenheit zu Vertuschungen und Unklarheiten gegeben hat. Für jeden einzelnen der 81.146 Arbeiter sind die Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherung festgestellt worden und daraus hat man den Durchschnitt berechnet. So fand man heraus, daß an Abzügen hergeben mußten:

die Facharbeiter	11,6 vH ihres Bruttobehaltes
Angelernten	11,3
Ungelernten	11,1
Frauen	10

Ganz erhebliche Beträge! Dabei will mich dünken, daß dies noch nicht einmal das Normalmaß der Abzüge sein kann. Denn dann machen die Steuern nur zwischen 0,7 und 3,9 vH aus. Man beträgt doch aber die Lohnsteuer 10 vH des Bruttolohnes. Und selbst wenn einer Frau und vier Kinder hat, muß er immer noch 5 vH Steuer zahlen. Also von zwei Dingen eins: entweder ist die Steuer meistens größer als bei diesen Berliner Arbeitern und der ausbezahlte Lohn um soviel geringer — oder, wenn sie nicht größer ist, dann ist die Familie um so größer und mit ihr der notwendige Lebensbedarf.

Doch wie dem auch sei — nach Abzug der hier angegebenen Steuern und Versicherungsbeiträge haben die Berliner Metallarbeiter tatsächlich bekommen:

die Facharbeiter	51,15 M die Woche
Angelernten	41,75
Ungelernten	37,70
Frauen	26,20

Diesen Beträgen nun müssen wir jene 2400 M Lebenshaltungskosten gegenüberstellen, bei denen ebenfalls die Steuern und Sozialbeiträge fehlen. Da sehen wir denn, daß bekommen:

die Facharbeiter	2600 M im Jahr
Angelernten	2170
Ungelernten	1960
Frauen	1370

Hierbei ist nicht zu vergessen, daß die 2400 M — nach den Angaben des Berliner Statistischen Amtes — eben nur das Allernotwendigste darstellen, was eine Familie mit nicht mehr als drei Kindern braucht. Und wir erkennen denn, daß von den Berliner Metallarbeitern nur die bestbezahlten, die gelernten Facharbeiter dieses Notwendigste haben. Aber auch nicht mehr als eben dieses Notwendigste. Denn daß die überflüssigen 260 M das ganze Jahr hindurch zu irgendwelchem Luxus reihen, wird ja niemand behaupten wollen. Und auch sie haben es nur, wenn ihre Familie klein ist und sie niemals arbeitslos oder krank werden. Alle anderen bleiben weit darunter zurück. (Schluß folgt.)

Das fehlende Kleingeld

Als ich die Arbeit am laufenden Bande auch in Europa einzuzeichnen begann, wurde die neue Arbeiterbewegung mit gewaltigen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Arbeiterklasse in Deutschland war besonders leidend. Nicht nur für, sondern auch notwendigste Bedürfnisse waren eines Besonderen Kampfes wert, um sie zu bekommen. Die Arbeiterklasse war in der Lage, die notwendigen Bedürfnisse zu bekommen, aber die notwendigen Kleingeldstücke waren in der Lage, die Arbeiterklasse zu leiden. In vielen Fällen haben sich die Arbeiter am laufenden Bande mit diesen Schwierigkeiten konfrontiert und mußten ein hartes Leben führen. In den verschiedenen Ländern war der Mangel an Kleingeld ein Problem, das die Arbeiterklasse zu leiden ließ.

Im Hinblick auf den Kampf der Arbeiterklasse für die Bekämpfung der Schwierigkeiten, die durch den Mangel an Kleingeld verursacht wurden, ist es wichtig, die Maßnahmen zu erörtern, die ergriffen werden müssen, um dieses Problem zu lösen. Die Arbeiterklasse sollte sich für die Einführung von Kleingeldstücken einsetzen, die für den täglichen Bedarf notwendig sind. Dies würde die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessern und den Kampf um die Bekämpfung der Schwierigkeiten erleichtern.

Der Demag-Konzern

Von Julius Fries

Die gefürzte Firmenbezeichnung bedeutet Deutsche Maschinenfabrik AG. Die Gesellschaft besteht unter diesem ungefüzten Namen seit 1898, unter der heutigen Bezeichnung seit 1926. Damals kam es zu einer Vereinbarung mit der Vereinigten Stahlwerke AG, die ihre gesamten Maschinenbetriebe aus ihrem Bereich abtrennte und sich mit der Deutschen Maschinenfabrik AG, Duisburg, zu einem neuen Gesamtunternehmen vereinigte, bei dem die Vereinigten Stahlwerke 17,5 Millionen des insgesamt 38 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals besitzt.

1926 beschäftigte die Demag 6670 Arbeiter und Angestellte, 1927 waren es 6800. Nach dem jetzt vorgelegten Bericht für das Geschäftsjahr 1928, worin die Zahl der Werksangehörigen nicht angegeben ist, haben sich die Handlungsunkosten von 5,37 Millionen auf 4,69 Millionen Mark vermindert. Andererseits aber sind die besonders ausgewiesenen sozialen Lasten mit nur rund 1500 M mehr angegeben, nämlich mit 1.837.715 gegen 1.836.232 M im Vorjahre. Dabei erwähnt der Jahresbericht gleich einleitend, daß der Umsatz der Gesellschaft durch die Ausperrung im November „natürlich nachteilig beeinflusst wurde“. Der Rohüberschuß aber ist trotzdem von 12,25 Millionen in 1927 auf 12,49 Millionen Mark in 1928 gestiegen. Steuern werden sogar statt mit 1,31 Millionen jetzt mit 2,26 Millionen Mark ausgewiesen. Umsatzzahlen werden von der Gesellschaft nicht angegeben. Es wird nur gesagt, daß der Durchschnitt der monatlichen Umsätze gegen das Vorjahr gesteigert werden konnte.

In diesem Jahre betrug der Reingewinn 2.022.732 gegen 2.002.970 M im Vorjahre, nachdem vorher 1,75 Millionen, jetzt 1,78 Millionen für Abschreibungen verwendet wurden. Es wird wieder wie im Vorjahre eine Dividende von 5 vH verteilt, wofür bei einem Aktienkapital von 25 Millionen und 13 Millionen Mark gleichberechtigten Genesellschaften, also einem Gesamtkapital von 38 Millionen genau 1,9 Millionen Mark erforderlich sind.

Für den 17köpfigen Aufsichtsrat sind diesmal 34.999 gegen vorher 30.165 M verfügbar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekommen aber außerdem seltener als ihre baren Auslagen ersetzt. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Bankdirektor Schlichter von der Deutschen Bank in Berlin, stellvertretender Vorsitzender Dr.-Ing. Albert Böglner von den Vereinigten Stahlwerken. An sonstigen bekannten Namen finden wir im Aufsichtsrat der Demag noch Generaldirektor Dr. Fild von der Charlottenhütte, Generaldirektor Dr. Paul Silberberg, Generaldirektor Friedler von der Harpener Bergbau-AG, Geheimrat Ottmar Strauß, Teilhaber von Otto Wolff, Köln und andere.

Die Gesellschaft besitzt Werke in Bentrath, Duisburg, Wetter und Duisburg-Weiderich. Ferner gehören ihr die Werksanlagen der Maschinenfabrik Thyssen & Co. A.-G. in Wülheim (Ruhr) sowie die Beteiligung an der Firma Weuste & Dverbed ebenda. Außerdem bestehen Betriebsstätten in Mährisch-Ostrow und in Ottweiler a. Saar. Das Werk Tigler in Duisburg-Weiderich und das Werk Jäger in Duisburg wurden im verflochtenen Jahr stillgelegt. Die erstgenannten Werksanlagen wurden der Maschinenbau-Unternehmungen AG. (Mnag) zur Verwertung überlassen, womit deren Anspruch an dem Veräußerungserlös dieser stillgelegten Werke abgegolten ist. Die Mnag ist eine Gesellschaft, die mit der alten Deutschen Maschinenfabrik AG. gleichzusetzen ist und heute nur noch als sogenannte Halbinselgesellschaft besteht. Das übersteht man wohl am besten mit Halbfest-Gesellschaft. Die Mnag verwaltet gleichzeitig auch die Schieß-Defries AG. in Düsseldorf, die 1928 zufriedenstellend gearbeitet, wieder 7 vH Dividende verteilt hat und nach eigenen Angaben zurzeit befriedigend beschäftigt ist.

Schieß-Defries klagt aber über die Höhe der Löhne und sozialen Lasten und führte in der Generalversammlung sogar aus, daß die deutsche Lohnhöhe das Auslandsgeschäft sehr ungünstig beeinflusse, da die ausländischen Wettbewerber mit wesentlich niedrigeren Löhnen rechnen können. Das trifft für den Stand der englischen und nordischen Löhne nicht zu und es zeigt uns nur, daß die deutsche Arbeiterklasse alle Ursache hat, sich gegen eine Senkung der Löhne auf den Stand der slavischen Länder oder von Ländern mit entwertetem Gelde, wie Frankreich oder gar Italien, zu wehren. Für die englischen und nordischen Arbeiter ist es von gleicher Wichtigkeit, daß die deutsche Lohnhöhe dem englischen und nordischen Stande angenähert wird, nicht aber umgekehrt.

Beteiligt ist die Demag an vielen Gesellschaften. Die Beteiligungen fanden letztes Jahr mit 382.000 M zu Buch, in der

jüngsten Bilanz aber mit 664.000 M. Im letzten Jahr wurde eine Beteiligung an der Hydraulik G. m. b. H. in Duisburg erworben, die Beteiligung an der chigaoer Tochtergesellschaft dagegen abgestoßen. Sodann hat sich die Gesellschaft zusammen mit der Mitteldeutschen Stahlwerke AG. und der Firma Martin & Pagenstecher an der Dfenbau-Union in Düsseldorf beteiligt.

Die Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Einrichtungen erscheinen jetzt mit 27,91 Millionen gegen 29,49 Millionen Mark im Vorjahr. Die Lagerbestände verringerten sich von 15,66 Millionen auf 13,54 Millionen Mark. Die Betriebsmittel, Kasse, Wechsel, Reichsbank-, Postcheck- und Bankguthaben sowie Anzahlungen an Lieferanten und Außenstände betragen 20,15 Millionen und waren im Vorjahr rund 1 Million Mark höher, was fast allein durch die im Vorjahr um 600.000 M. höheren Außenstände erklärt ist. Die Verpflichtungen der Gesellschaft haben sich von 22,59 Millionen auf 13,29 Millionen Mark verringert. Darunter sind Anzahlungen von Abnehmern, die sich von 12,39 Millionen auf 10,80 Millionen Mark verringerten. Ausfuhrkredite werden statt mit 2,72 Millionen diesmal mit nur 1,54 Millionen Mark ausgewiesen, obgleich der Bericht von einer auch im neuen Jahre fortzudauernden befriedigenden Entwicklung des Auslandsgeschäfts spricht. Die gefällige Rücklage beträgt wieder 3,8 Millionen Mark, also genau 10 vH des Aktienkapitals zuzüglich der Genesellschaften.

Obgleich im Geschäftsbericht zugegeben wird, daß ein verhältnismäßig günstiger Auftragsbestand vorliegt, der den Werken noch für mehrere Monate ausreichende Beschäftigung sichert, obgleich weiter ausgeführt wird, daß sich das Auslandsgeschäft auch im neuen Jahr befriedigend zu entwickeln scheint, fehlt es auch in diesem Jahresbericht nicht an Klagen. Der Inlandsabsatz leide unter den lähmenden Einflüssen der Geldknappheit, der hohen Zinssätze und vor allem der Ungewissheit über den Ausgang der Reparationsverhandlungen. „Dazu kommt“, heißt es weiter, „der auf der deutschen Wirtschaft lastende schwere Druck der ohne Rücksicht auf den Export aufzubringenden Steuern und Soziallasten, deren taktischer Abbau dringend erforderlich ist.“ An Steuern, Darlehen und Soziallasten seien im vergangenen Jahre über 4 Millionen Mark aufzubringen gewesen, das sei mehr als doppelt soviel, als die Dividende ausmache.

Hier wäre es richtiger gewesen, die Umsatzzahlen, die man wohlweislich nicht genannt hat, zum Vergleich heranzuziehen. Wenn die Kapitalbildung weiter in dieser kurzfristigen Weise abgebrochen werde, so bestehe nach Meinung der Demag-Verwaltung die ernste Gefahr, daß den meisten deutschen Unternehmen die rechtzeitige Erneuerung ihrer Betriebsanlagen und damit ein auskömmlicher Kampf mit den ausländischen Wettbewerbern unmöglich gemacht werde. Hierzu sei nur das eine bemerkt, daß durchaus keine Gewähr besteht, daß eine Milderung der Steuerlast nicht zur Erhöhung der Dividenden, der Ausschüttungen an Vorstand und Aufsichtsrat usw. verwendet wird. Das wäre dann die richtige Kapitalbildung im Sinne unseres Industrieführers, die immer wieder vergessen, daß die Arbeiter und Angestellten in viel größerer Masse beteiligt sind, über die gegen die Vorkriegszeit um ein Vielfaches erhöhte Steuerlast zu klagen und daß die Arbeiter weiter in genau gleichem Umfange zu den sozialen Lasten beitragen müssen, dadurch aber ihr Einkommen wesentlich fühlbarer geschnitten sehen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß in der Generalversammlung der schon genannten Mnag, die ihren vorjährigen Verlust von 2,93 Millionen auf 2,04 Millionen Mark herabmindern konnte, ein Aktionär die Höhe der Unkosten bemängelte und anführte, daß darunter 157.000 M für Vorstandsgehälter entfallen sind, obwohl die Vorstandsmitglieder der Mnag zugleich Vorstandsmitglieder der Demag sind. Wie die Verwaltung erwiderte, soll das leitende Vorstandsmitglied schon im Vorjahre auf die Hälfte seiner Bezüge freiwillig verzichtet haben, was darauf schließen läßt, daß diese Bezüge vorher recht hoch waren.

Der Verlustabschluß bei der Mnag ist durch Bürgschaften, Nacharbeiten für die Kundenschaft usw. entstanden, das letzte Jahr aber stand nach dem Geschäftsbericht im Reichen einer erfreulichen Befestigung der Gesellschaftsverhältnisse. Die Demag selbst kann ihren günstigen Auftragsstand nicht wegleugnen, glaubt aber in ihrem Jahresbericht nicht ohne weiteres eine günstige Voraussage für das laufende Jahr machen zu können. Alles werde davon abhängen, ob es gelingt, den Inlandsmarkt wieder zu beleben, da der im Inland fehlende Absatz nur zum Teil durch Auslandsgeschäfte wettgemacht werden könne.

das dauernd laufende Band förend empfindet, niemand aber wegen zu starker Einseitigkeit der Arbeit. Ähnliche Beobachtungen sind auch noch in anderen Industrien zu machen.

Die Arbeiterkraft des laufenden Jahres zieht die Menschen an. Die Persönlichkeit des arbeitenden Menschen ist ausgezehrt. Demnach finden sich die Menschen damit ab. Nicht immer freiwillig, sondern gezwungenemmaßen, weil sie ihren Vorkerbort verlieren, wenn sie dem Tempo der eisernen Räder nicht mehr zu folgen vermögen. Es wäre eine Aufgabe der Gewerkschaften, einmal Untersuchungen darüber anzustellen, wie die Arbeiter sich in den einzelnen Industrien auswirken hat und ob die Empfindung allgemeiner ist, daß der Arbeiter die Randarbeit anerkennt und deren Befestigung nicht mehr wünscht.

Der deutsche Außenhandel aktiv

Der deutsche Außenhandel war im Monat Mai aktiv. Das ist seit länger Zeit nicht der Fall gewesen. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr betrug 121,6 Millionen Mark und die Ausfuhr einschließlich der Reparationsjahresleistungen 117,53 Millionen Mark. Es ist also ein Ausfuhrüberschuß von rund 4 Millionen Mark gegenüber einem Einfuhrüberschuß von 21 Millionen Mark im Monat April festzustellen. Obwohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr sich gegenüber dem März um 133 Millionen Mark und die Ausfuhr um 55 Millionen Mark. Dies liegt aber zum Teil daran, weil die Aprilzahlen infolge der durch die Räte zurückgestellten Warenimporte unterverhältnismäßig hoch waren.

Wenn man die Durchschnittszahlen der ersten drei Monate dieses Jahres in Betracht zieht, so zeigt der Monat Mai sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr eine Steigerung auf. Namentlich die Ausfuhr ist wesentlich höher als die Monatsdurchschnitte der entsprechenden Jahre. Bezüglich der Einfuhr werden im Mai rund 50 Millionen Mark weniger Lebensmittel eingeführt. Bei den Rohstoffen zeigt die Kündereinfuhr rund 78 Millionen Mark aus. Die Fertigungseinfuhr ist ungefähr gleich geblieben. Der Rückgang der Einfuhr resultiert zum größten Teil auf die Fertigung. Im Monat Mai wurden für 834 Millionen Mark

Fertigwaren ausgeführt gegen 876 Millionen Mark im April und 710 Millionen Mark im März. Die Maizahl der Fertigwarenausfuhr übertrug aber die Monatsdurchschnitte der vorhergehenden Jahre nicht unbedeutlich. Im Monatsdurchschnitt 1928 wurde eine Fertigungseinfuhr von 725 Millionen Mark und 1927 eine solche von 644 Millionen Mark festgestellt. Wühin ist die Fertigungseinfuhr im Mai als sehr hoch zu bezeichnen. Der größte Teil des Rückganges der Fertigwarenausfuhr entfällt auf Textilwaren. Die Ausfuhr von Maschinen, Walwerkzeugen und sonstigen Eisenwaren hat sich auf der gleichen Höhe des Monats April gehalten. Auf die Reparationsjahresleistungen entfallen 77 Millionen Mark gegenüber 67 Millionen Mark im Vormonat. Im ganzen zeigt der deutsche Außenhandel ein besseres Bild.

Aus dem Inhalt

Um die Arbeitslosenversicherung — Herr v. Borsig und die Kostgänger des Staates — Eine Probe aufs Exempel	209
Der Demag-Konzern	210
Das Bedaux-System — Elektrisch geheizte Frühgemüse-Beete	211
Über Frauenkleidung — Schwester Christine	212
Es ist ein grosser Fehler — „Unbefugtes Verlassen der Arbeit“ — Eine gewerkschaftliche Stimme zur Unfallverhütungswoche — Der Wert der Arbeitsbescheinigungen — Eine Spreewaldfahrt	213
Konferenz der Gewerkschaftsredakteure — Der Verbandstag der Kupferschmiede	214
Riese Genossenschaft — Das Dinta und die Kirche — Die Frage der Zollerhöhung im Reichstag	215

Technik und Werkstatt

Das Bedaux-System

Von Karl Hauser, Hannover

In Nr. 10, 1929, der MZ brachten wir schon eine längere Darstellung des Bedaux-Systems, auf die wir verweisen. Dort ist angeführt, daß es in Deutschland in den beiden hannoverschen Werken betrieben wird. Hier ist es durch dieses neueste Auswertungsverfahren zu einem Konflikt gekommen. Dies läßt es geboten erscheinen, das Wesen dieses Systems noch mehr zu beleuchten.

In den beiden (nun vereinigten) Werken in Hannover haben die Bedaux-Beute erst wenige Abteilungen durchgearbeitet. Zuerst die mechanischen Werkstätten, Fabrikationsabteilungen, neuerdings auch die Verwaltungsbüros. Es ist leicht erklärlich, daß die „gestoppten“ Arbeiter und Angestellten von einer gewissen Nervosität befallen werden; die Angestellten stärker als die Arbeiter, die ja schon seit Jahren Akkord- und Prämien-systeme der verschiedensten Art durchkosten mußten. Man stelle sich nur vor, daß neben einem Buchhalter ein Bedaux-Mann steht, der mit Stoppuhr und Notizbuch die Schnelligkeit und Häufigkeit der Eintragungen feststellt. Bei den Stenotypistinnen wird die Zahl der Tastaturanschläge gezählt. Es sind unter den Angestellten Fälle hochgradiger Nervenkrankungen festzustellen, die allerdings auch in anderen Betrieben, wo ein persönliches Antreibesystem besteht, vorkommen. Es ist dies allgemein eine Folge des heutigen privatkapitalistischen Systems, das keine Rücksicht auf den arbeitenden Menschen und dessen Seelenwerte nehmen kann. Mit fortschreitender Arbeitsteilung wird die Auswahl der Arbeiter und Angestellten nach mengenmäßiger Spitzenleistungen gemessen, immer schärfer und rücksichtsloser vorgenommen.

Was will nun das Bedaux-System? Sein Erfinder, der französische Ingenieur Bedaux, will jede Arbeitsleistung messen. Er berücksichtigt dabei nicht die Qualität der Arbeiter, sondern nur die quantitative Seite ihrer Kraftanstrengung. Die Erreichung einer Höchstzahl von Bs (= Bedaux-Einheiten) ist folgerichtig das Ziel der Betriebsleitung, je mehr Bs, desto größer die Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte, desto kleiner die Arbeitsverluste.

Wie wird nun die Bs-Messung vorgenommen und welche Aufgabenstellung gestatten die B-Werte? Der Bedaux-Ingenieur M u d g e, ein Amerikaner, sagt hierüber:

„Wir gehen in eine Abteilung hinein und nehmen mit der Stoppuhr Zeitstudien vor. Wir gehen aber noch bedeutend weiter auf die Einzelheiten dadurch ein, daß wir die Zeitstudien in ganz kleine einzelne Teile Arbeit zerlegen. Jede Bewegung, die vorgenommen wird, wird aufgeteilt, selbst die allerfeinsten. Wir stellen fest, wieviel Zeit ein Maschinenführer nötig hat, um einen bestimmten Teil fertigzustellen. Das eine, worauf unsere Ingenieure eingearbeitet sind — und was wir den Leuten so schnell wie möglich beibringen — ist, die Geschwindigkeit und den Grad des Energieaufwandes genau zu beurteilen. Wenn die Arbeitszeit festgelegt wird, so wird nicht allein die Zeit festgelegt, die dazu nötig ist, die Arbeit zu leisten, sondern auch das Arbeitstempo, das der Arbeiter zurzeit einhält, und außerdem die Menge des Energieaufwandes, die hierzu erforderlich ist. ... Wir legen außerdem einen bestimmten Prozentsatz für Ermüdung fest, zum Beispiel 10, 25, 50 bis 100 % oder auch mehr in besonderen Fällen. Dieser Satz hängt davon ab, wie schwierig der Arbeitstag ist.“

Voraussetzung für die B-Messung ist, wie bei allen Zeitstudien, die Zerlegung des betreffenden Arbeitsvorganges in einfachste Bewegungen, Handgriffe, Drehungen usw. Für jedes Element wird der B-Wert festgelegt, so daß sich schließlich der B-Wert eines ganzen Arbeitsvorganges aus einer Reihe B-Wertwerten zusammensetzt. Die Element-B-Werte werden zum Teil bis zu Zehntausendstel errechnet.

Angenommen, es soll der Arbeitsvorgang „Schleifenbohren“ gemessen werden und nehmen wir nur ein Element, das unmittelbar ausreichen mit der Feilbahn heraus, so müssen von dem Bedaux-Mann nach einer beliebigen Zahl Messungen mit der Stoppuhr folgende Werte bestimmt werden:

1. die kürzeste Zeit des Ausreibens;
2. die vom Arbeiter aufgewandte Arbeitsgeschwindigkeit oder das Arbeitstempo;
3. die normale Zeit, die für das Ausreiben notwendig ist;
4. die gewählte Zeit, die dem Aufnehmer am rationalsten erscheint, und
5. der Ermüdungs- oder Erholungsfaktor.

In gleicher Weise werden auch die Werte bei den oben erwähnten Buchungen der Angestellten festgestellt. Die Werte 1 und 4 ergeben sich aus dem Zeitaufnahmediagramm, desgleichen der Wert 2, der geschätzt wird und wobei die praktischen Erfahrungen und technischen Kenntnisse des Aufnehmers oder Bedaux-Ingenieurs von größtem Einfluß sind.

Gestoppte Sekunden	Geschätzte Geschwindigkeiten je Messung (30)
28	85 85 85 85
32	80 80 80 80
36	75 75 75 75
40	70 70 70 70
44	65 65 65 65
48	60 60 60 60

Diese Tafel besagt, daß der Arbeitsvorgang 30mal gestoppt wurde und der Arbeiter 4mal 28 Sekunden, 5mal 32, 5mal 36 Sekunden usw. benötigte. Je weniger Zeit für den Arbeitsvorgang benötigt wird, desto höher ist natürlich die Geschwindigkeitszahl. Die am meisten geschätzte Geschwindigkeit ist im vorliegenden Falle 75, die insoweit besten bei der Berechnung des B-Wertes zugrunde gelegt wird. Der Wert 4 entspricht der am meisten gestoppten Zeit mit gleichen Geschwindigkeiten = 36 Sekunden. Die Normalzeit (Wert 3) wird errechnet:

(Geschätzte Zeit x Geschwindigkeitsgrad) : 60. Im vorliegenden Falle also: (36 x 75) : 60 = 45 Sekunden.

Der Ermüdungsfaktor wird ebenfalls geschätzt. Diese Schätzung nimmt jedoch in den meisten Fällen nicht der Aufnehmer, sondern nur der Bedaux-Mann vor, der also, ohne den Arbeitsvorgang beobachtet zu haben, an Hand der Aufzeichnungen des Aufnehmers das Arbeitstempo festsetzt. Sind die Werte 1 bis 5 festgelegt, dann errechnet sich der B-Wert:

(Normalzeit x Ermüdungsfaktor) : 60. Die B-Stunde wird errechnet: (B-Wert x 3600) : Normalzeit.

Auch dem Laien dürfte es nach dieser Rechnung klar sein, daß diese Methode mit Wissenschaftlichkeit nichts gemein hat. Die Schätzwerte, die schon an und für sich unzuverlässig sind,

werden durch Multiplikationen in ihrer Fehlerhaftigkeit aufgebläht. Das Rezierechnen ist jedoch damit noch nicht zu Ende. Maschinenarbeiter erhalten für die durch die maschinellen Einrichtungen und deren automatische Funktion verursachten Einbußen einen sogenannten Methodenzuschuß an B-Werten, wobei allerdings Wartezeiten zum Beispiel für Materialtransporte und -abfuhr, Betriebsstörungen usw. nicht berücksichtigt werden. Dieser Methodenzuschuß ist von Bedaux nach verschiedenen Lohnklassen tabellarisch festgelegt und auf den Geschwindigkeitsgrad 80 (20 Bs über normal) abgestimmt. Der Arbeiter, der infolge besonderer Kraftanstrengung nur 80 Bs an seiner Hobelbank leistet, bekommt also eigentümlicherweise keinen Methodenzuschuß, während ein Arbeiter, der nur 70 Bs leistet, einen solchen bekommt.

Die erwähnten Lohnklassen werden durch die Betriebsleitung im Benehmen mit der Betriebsvertretung festgelegt, die Eingruppierung der verschiedenen Arbeitsvorgänge in die einzelnen Lohnklassen erfolgt jedoch allein durch die Bedaux-Beamten.

Über die geleisteten Bs der einzelnen Arbeiter gibt ein tägliches L i c h t u s h a n g Ausschluß, woraus jeder Arbeiter nicht nur seine eigene Leistung und den Methodenzuschuß, sondern auch die Leistungszahlen seiner Kollegen erfahren kann, einschließlich der verdienten Bs-Prämien, die für alle über 60 geleisteten Bs bezahlt werden. Die Bedaux-Beute sind von diesem Anreiz befreit, jeder will ein genau so guter Arbeiter sein wie sein Nachbar. Der Geist des Wettbewerbs fördert seine Interessen und hilft ihm, sich stetiger zu betätigen.

Die Mehrzahl der Arbeiter leistet über 60 Bs, darunter sind Einzeleistungen bis 180 Bs zu verzeichnen. Solche hohen Leistungszahlen beweisen eben mit aller Deutlichkeit die dem System anhaftenden Mängel. Für reine „Handarbeit“ wozu auch die Arbeit der Angestellten gezählt wird, gewährt Bedaux keinen Methodenzuschuß. Für jeden Arbeitsvorgang wird ein sogenanntes Bedaux-Normalarbeitsvorgangsblatt hergestellt, deren Zahl in die Tausende geht. Diese Blätter enthalten alle für den Arbeiter erforderlichen Anweisungen und Werte, zum Beispiel Lohnklasse, Beschreibung des Arbeitsvorganges, Zerlegung in konstante und variable Elemente, B-Werte usw. Wenn sich nun ein Arbeiter über seinen ihm angegebenen B-Standard beschwert, dann gestattet Bedaux eine Nachprüfung. Oberingenieur M u d g e sagt hierzu:

Wir sagen dann dem Arbeiter, ja, dann nehmen Sie einmal Ihre eigene Uhr und stellen Sie selbst die Zeit bei einem andern Mann mit uns zusammen fest!

Die Strenge einer solchen „Beweisführung“ ist bewundernswert. Der Arbeiter wird staunen, wenn die von ihm gestoppten Werte beachtet werden und sich das von ihm beanstandete B-Ergebnis nicht ändert; denn die Berechnungsmethode kann von dem Arbeiter nicht geändert werden.

Sobald die B-Werte aller Arbeitsvorgänge innerhalb einer Werkstatt festliegen, erfolgt die praktische Auswertung. Zu diesem Zweck, zur Rentabilitätskontrolle und Nachprüfung des gesamten Produktionsverfahrens werden täglich, wöchentlich und monatlich sogenannte Analyseblätter herausgegeben, die auf einen Blick die wichtigsten Unkostenfaktoren und Rentabilitätswerte erkennen lassen. Wäre die wissenschaftliche Zuverlässigkeit des Bedaux-Systems gegeben, dann würden diese Analyseblätter von außerordentlichem Wert sein. Nach dem an Hand der B-Werte errechneten Wirkungsgrad der Werkstatt oder Abteilung werden die Bs-Prämien der Vorarbeiter, Meister und Abteilungsleiter bemessen. Die Meister bekommen zum Beispiel für je 1 Bs über 60 Bs (für die ganze Werkstatt bemessen) 1/100 des Monatsgehälts als Prämie.

Es ist ohne weiteres klar, daß durch ein solches Berechnungsverfahren die Betriebsangestellten in erhöhtem Maße darauf bedacht sind, jegliche Arbeitsverluste innerhalb ihrer Abteilung zu vermeiden und vornehmlich auch bei den sogenannten indirekten Arbeiten Zeiterparnisse zu erzielen.

Eins steht fest, daß die Erzielung hoher B-Ziffern lediglich auf Kosten der Arbeitskraft und damit der Gesundheit der Arbeitnehmer erfolgt. Darüber hinaus artet das ganze System zu einem Wettbewerb unter den Arbeitern und Angestellten aus, das jedes Zusammengehörigkeitsgefühl auf die Dauer ersticken muß. Es ist klar, daß den Betriebs- und Angestelltenräten der von Bedaux heimgeführten Betriebe in dieser Hinsicht eine große und dankenswerte Aufgabe erwächst.

Elektrisch geheizte Frühgemüse-Beete

Es dürfte wenig bekannt sein, daß man dazu übergegangen ist, die Abwärme großer Elektrizitätswerke auch zum Heizen von Treibhäusern und Frühbeeten zu benutzen; so werden auf diese Weise in der Nähe eines Berliner Großkraftwerks nicht unbedeutende Mengen Gurken und sogar Weintrauben gezeugt. Der Gedanke stammt aus Norwegen, wo die Beobachtung gemacht wurde, daß in dem Teil eines Feltes, in dem die Stromverföhrungsabföhrer verlegt waren, der Schnee schneller weggeschmolz und das Wachstum früher begann als in anderen Teilen, da der Erdboden dort die in den Leitungen sich entwickelnde Wärme aufnehmen konnte. In Schweden fand heute, nachdem die Versuchslöcher glänzend ausfielen, mehrere Hundert Gärtner im Besitz elektrisch beheizter Frühbeete mit einer gesamten Fläche von 22 000 Quadratmeter und einem gesamten Anschlußwert von 3000 Kilowatt.

Der wirkliche Grund für die Verwendung der Elektrizität im Treibhaus ist der Mangel an Stallmist, der im Zeitalter der Motorisierung immer knapper wird. Dazu kommt dann noch, was Deutschland anlangt, der Umstand, daß die Kavalierregimenter in den großen Städten verschwunden sind und die Gärtner dadurch in Schwierigkeiten geraten. Wie bekannt, hat ja der Stalldünger die Aufgabe, im Frühjahr den Boden zu erwärmen, was durch die Gärung des Düngers bewirkt wird. Der Dünger „brennt“, wie man sagt, und ist nach vier bis sechs Wochen ausgebrannt. Während dieser Zeit fallt nun die Temperatur der äußeren Luft mit fortschreitender Jahreszeit genügend angehtiegen sein, um die Erwärmung des Frühbeetes übernehmen zu können. Sind die Bitterungsverhältnisse ungünstig, so kommt es vor, daß der Stalldünger ausgebrannt ist, bevor die Frühlingsluft noch genügend Wärme besitzt, und dann leiden die Frühbeete Schaden. Im Herbst, wenn die Temperatur abnimmt, ist eine künstliche Erwärmung mittels Stalldüngers überhaupt nicht möglich.

Das elektrisch geheizte Frühbeet ist dagegen in allen Fällen unabhängig von der Jahreszeit und den mehr oder weniger unsicheren Bitterungsverhältnissen. Die Zuföhrung der Wärme kann genau geregelt werden; sogar eine tropische Hitze läßt sich einstellen und ihr Wachstum erzielen, was den Gärtnern ganz neue Möglichkeiten eröffnet. Darüber hinaus kann ganz allgemein das „Treiben“ beschleunigt werden. Elektrisch beheizte Frühbeete sind fast das ganze Jahr hindurch in Betrieb, und zwar werden in den ersten Monaten Radieschen, Rettiche, Kürbisse, Spinat, Salat gezeugt, dann folgen Gurken, Melonen und auch Blumen, und schließlich im Spätsommer kommen Tafelgemüse daran, wobei man sich so einrichtet, daß die Pflanzen fertig sind, wenn die Feldernte bereits vorüber ist. Das Gemüse wird dann in diesem Zustande bis in die Wintermonate gehalten, indem man nur soviel Wärme noch zuföhrt, daß die Beete nicht gefrieren.

Man hat befürchtet, die elektrisch beheizten Beete könnten nicht ebenso gute Ergebnisse liefern wie die Beete mit Stalldünger, da die Kohlen säure fehle, jedoch hat sich dies als nicht zutreffend erwiesen. Um ein elektrisch geheiztes Frühbeet anzulegen, benutzt man als Untergrund Schlackenmehl, das isolierend wirkt und ein Eindringen der erzeugten Wärme in die Erde verhindert. Auf diese Schlacke werden nun in Abständen von etwa 20 Zentimeter die in Ziegelröhren verlegten, mit Asbest isolierten Widerstandsdrähte verlegt; nun schüttet man etwas Sand auf und füllt die Gartenerde ein. Innerhalb des möglichst dicht schließenden Glaskastens wird in der Luft noch ein Heizdraht gespannt, um auch diese zu erwärmen. Außerdem sind für die Zmede der Lüftung des Bodens noch vereinzelte vertikale Ziegelröhren anzubringen. Der Leistungsverbrauch beträgt sich auf etwa 120 Watt je Stunde und Quadratmeter. Die Heizung erfolgt zweckmäßig während der Nachtzeit. Tagsüber übernimmt dann die Sonne die Erwärmung. Es liegt hier offenbar eine günstige Gelegenheit für die Elektrizitätswerke vor, ihren Nachstrom unterzubringen, der, soll der Betrieb für den Gärtner nutzbringend sein, nicht über 8 bis 10 % je Kilowattstunde kosten darf.

Elektrische Regenschlußuhren

Die Elektrizität, das Mädchen für alles, was es immer heißt, ist schon früh auch zum Betrieb von Uhren herangezogen worden. Eine Hauptuhr wurde mittels eines besonderen Leitungsnetzes an alle in einem Gebäude vorhandenen Nebenuhren angeschlossen und der Strom einer kleinen Batterie dann zur Zeitanzeige benutzt. Derartige Anlagen verursachen verhältnismäßig hohe Kosten und neigen leicht zu Störungen, so daß sie in der Praxis nicht so häufig anzutreffen sind, wie man vielleicht vermutet. Nun bringt neuentstehende eine große Elektrizitätsgesellschaft zentral regulierte Uhren in den Handel, die ohne weiteres an jedes vorhandene Wechselstromnetz anzuschließen sind, die astronomisch genaue Zeit angeben und nur verhältnismäßig geringe Anschaffungskosten verursachen. Die Vorgänge solcher Regenschlußuhren liegen auf der Hand: Es ist kein Aufziehen, kein Regulieren und Reinigen mehr erforderlich, man braucht keine Hauptuhr, keine Batterie und kein besonderes Leitungsnetz. Der genaue Gang ist gewährleistet durch eine astronomisch gehende Mutteruhr im Elektrizitätswerk, desselben Elektrizitätswerkes, das den Strom für die Beleuchtung, die Apparate und Regenschlußuhren der Büros und Betriebe liefert. Als Vorbild für diese Regenschlußuhren diente der in der Wechselstromtechnik verwendete Synchronmotor, der genau gleich läuft mit dem ihn speisenden Wechselstromgenerator der Zentrale. Es galt natürlich bei den Uhren, die Bauart und insbesondere das bei den Synchronmotoren sehr umständliche Anlassen ganz wesentlich zu vereinfachen und durch geeignete Näderüberzeugungen die gewünschte Drehgeschwindigkeit des Uhrzeigers zu erzielen. Die Uhr wird als Außen- und Doppeluhr neben Durchmessers und auch mit Tischgehäuse ausgeföhrt. Der Preis beträgt für die normale Wanduhr mit Bifferblattdurchmesser von 250 Millimeter 50 M. Was den Stromverbrauch derartiger an ein Wechselstromnetz anschließender Uhren anlangt, so ist dieser sehr gering.

Fischfang mittels elektrischer Unterwasserlampen

Das elektrische Licht ist wohl eine der schönsten Gaben, die Wissenschaft und Technik der Allgemeinheit zukommen ließen, und man kann es verstehen, daß insbesondere in Amerika drüben nächstens das goldene Jubiläum des elektrischen Lichtes groß gefeiert wird; denn im Sommer sind es fünfzig Jahre her, seit Edison die erste brauchbare elektrische Lampe auf den Markt brachte. In Sünderland von „Nichtfesten“ soll der Bevölkerung des ganzen Landes die mächtige Entwicklung der elektrischen Beleuchtung vor Augen geführt werden.

Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, zu zeigen, wo heute elektrisches Licht überall benutzt wird, vielmehr sei hier auf die noch wenig bekannte Verwendung elektrischer Glöhlampen beim Fischfang hingewiesen. Der erste, der auf diese eigenartige Verwendung des elektrischen Lichtes verfiel, war der englische Naturforscher Beebe, der in seinem Bericht erwähnt, durch Zerlassen elektrischer Unterwasserlampen sei es in den tropischen Gewässern gelungen, große Scharen von Fischen und anderen Geschöpfen anzulocken und seltene Stücke zu fangen und zu studieren, wie sie ihm sonst nie in die Hände kamen. Es scheint festzustehen, daß viele Fische vom Licht ebenso angezogen werden, wie die Insekten von einer Flamme. Tatsächlich sollen auch die Fische an der japanischen Küste es für sehr vorteilhaft gefunden haben, an den Fangplätzen oder in den Netzen elektrische Unterwasserlampen zu verwenden. In manchen Fischgüchtereien wird übrigens die Frage der Fütterung heute dadurch gelöst, daß über den Zeichen, in geringer Entfernung von der Wasseroberfläche, elektrische Glöhbirnen angeordnet werden, die nachts Scharen von Insekten anlocken, nach denen die Fische begierig schnappen.

Ein Großkraftwerk in den hohen Tauern

Deutschland steht, was den Kilowattstundenverbrauch je Kopf der Bevölkerung und Jahr anlangt, etwa an der vierten oder fünften Stelle in der Reihenfolge der Völler, so daß noch viel aufzuholen ist. Kennen der Verhältnisse sagen nun für das kommende Jahrzehnt eine mächtige Entwicklung voraus, was sicherlich zutreffen dürfte, denn schon heute sind beispielsweise in Berlin Elektrizitätswerke, die erst vor wenigen Jahren errichtet wurden, bereits viel zu klein, so daß häufig die Frage aufgeworfen wird, wie wohl der kommende steigende Bedarf zu decken ist. Bemerkenswert ist in dieser Beziehung ein kürzlich von der AEG ausgearbeiteter Plan, elektrische Energie in großem Ausmaß in den hohen Tauern, in den österreichischen Alpen zu erzeugen und mittels Hochspannungsleitungen (220 000 Volt) bis nach Mittel- und Norddeutschland fortzuführen. Es sollen fünf insgesamt 6,6 Milliarden Kilowattstunden gewinnen lassen, was etwa ein Drittel des gesamten Stromverbrauchs Deutschlands ausmacht. Man beabsichtigt, in die Abhänge der Berge ein System von Ränneln einzubauen, in denen das Wasser der Gebirgsbäche sich sammelt und das Gesamtgefälle von 1500 Meter in drei Stufen auszunutzen. Die so erhältliche Gesamtleistung beträgt 1,5 Millionen Kilowatt, die, während 4400 Betriebsstunden im Jahr bemerkt, die oben angegebene Biffer von 6,6 Milliarden Kilowattstunden ergibt. Wie man erfährt, sollen die Kosten der Übertragung und die Zinsenlast der Anlagen geringer sein als bei allen bereits bestehenden deutschen Anlagen und sich mit den besten amerikanischen Werken vergleichen lassen.



Familie und Heim



Über Frauenkleidung

Von jeher ist die Kleiderfrage eine beliebte Quelle guter und schlechter Witze gewesen, und dazu bietet sie selbst heute noch immer „Stoff“ genug. Einmal muß der ehemännliche Selbstbeutler herhalten, dann wieder die Länge oder die Kürze der Röcke, auch die äußere Hülle der Schöpfungsherrn kriegt immer mal einen Seitenhieb. Aber wenn wir uns schon mal alte Modenbilder zur Hand nehmen und uns die Aufmachung der Leute von anno Tobad betrachten, die bieten uns heute schon allerlei Anreiz zum Lachen, obwohl sie damals durchaus ernst genommen wurden. Wespertailen und Stöckelschuh, Wagenräder oder Turmperücken als Kopfschmuck, Schleppröcke und Puffärmel — man kann den tollsten Ansturm finden. Zweidmigkeit waren nirgends zu entdecken; alles war denkbar unpraktisch. Merkwürdigerweise verstand es die Mode, den sonst so ängstlich gewachten Nationalstolz zu durchbrechen: Paris war die Stätte, wo die Modeschöpfungen ausgingen — und nach pariser Art gelleidet zu sein, war gewissermaßen Ehrensache. Darüber vergaß man sogar den „Erbfeind“.

Dies alles findet jedoch recht leicht seine Erklärung in der Tatsache, daß das Betätigungsfeld der Frau ganz eng gezogen war. Selbst die Frau der sogenannten guten Gesellschaft konnte sich nur innerhalb eines ganz kleinen Kreises bewegen, und auch da war sie nicht etwa frei und unabhängig. Es ist gar nicht so einfach, uns in die Lage der Frauen von damals hineinzuversetzen. Es hat sich alles gründlich geändert und in der Mode von heute können wir mit Recht den Ausdruck des Erlöstseins erkennen, des Selbstbewusstseins aus geistlicher und körperlicher Gebundenheit. Auch die Mode ist nichts Willkürliches. Sie ist Ausdruck dessen, was sich in den Köpfen der Menschen abspielt. Darum können wir über die Sittlichkeitsapostel mit ihrem Jammergeschrei nach der guten alten „anständigen“ Mode hinwegsehen.

Es gibt aber auch Kreise, die nun einer bestimmten Tracht einjährige Lebensberechtigung zusprechen möchten. Sie bemühen sich krampfhaft, alte vergangene Trachten bestimmter ländlicher Gegenden hinüberzureiten in die Gegenwart für die Zukunft. Es wird umsonst sein. An den Bauerabuben- und Dirndeltrachten kann man hin und wieder eine Freude haben; es ist jedoch nicht einzusehen, warum gerade diese Anzüge aus der Zeit von vor hundert Jahren mehr Lebensberechtigung haben sollen als etwa die Schneppentaille und der Reifrock. Die ewig jugendbewegten wirken oft sehr sonderbar, aber aufhalten läßt sich die Zeit durch sie bestimmt nicht. Sie finden es zum Beispiel „unendlich“, wenn sich die Frau ihr Haar schneiden läßt — demnach wären jedoch alle treueren Jünglinge unendlich mit ihrem kurzen Haar — denn die Germanenmänner zu des Christens Zeiten trugen langes Haar, zu einem Knoten auf dem Kopf gebunden.

Unsere heutige Mode wird natürlich auch nicht die gleiche werden; aber es ist auch bestimmt unwichtig, sich heute darüber den Kopf zu zerbrechen, wie wohl die Mode von 1940 ausschauen mag. So viel steht fest: Weder falscher Wilhelm noch Schlepprock wird je wiederkehren. Wir sind doch schon tief genug eingebunden in die einfachsten Lehren der Gesundheitspflege — und die Frau hat selbständig denken gelernt.

Woher bezieht die Frau nun ihre Anregung zur Gestaltung ihrer Kleidung? Das ist ein Punkt, der besonders von der Arbeiterfrau viel zu wenig beachtet wird. Die Modenblätter sind eines jener vielen Handwerkszeuge, die der Kapitalismus braucht, um sein Dasein zu fristen. Jeder einzelne Kapitalist weiß, wie gefährdet sein Dasein ist, wenn die Arbeiterchaft geschlossen und mit Kenntnissen gewappnet, Mann und Frau, ihm eines Tages gegenübersteht. So will er denn seinen Untertan so weit wie irgend möglich hinausschieben und seine letzte Rettung sind die Frauen. Da haben sie Leute an der Hand, die gegen jähres Einkommen und ausreichende Wohnung die Erkenntnisse der Wissenschaft umzuwandeln in Verbrauchsmittel, in Schlafpulver für die Seele der deutschen Hausfrau. Die Frau will wissen, so betreibt sie, was Mode ist. Ka also. Damit Modenblätter mit dazugehörigen Schnittmusterbogen — recht viel und recht schön baut — so, die werden zusammen-

gestellt. Ja und dann — für die fürsorgliche Ehefrau auch noch eine Versicherungsprämie in Aussicht gestellt, wenn man so undsolange „dabei“ ist — na, wenn das nicht zieht! Und es zieht, und wie! „Dies Blatt gehört der Hausfrau“, „Für Dich“, ordentlich knallige Festtitel, die man nicht so leicht vergißt. Und das Schönste muß der Roman sein, denn das muß ja gerade dasjenige sein, welches —

So wird Moral, Weltanschauung und Politik an die Frau gebracht — mit der Modenzeitung. Denn man muß sich doch ein wenig auf dem laufenden halten, was die Mode anbetrifft — so denkt die Frau und der „Menschenfreund“ hat sie so fein am Vandel, so fein, daß sie nicht merkt. Die Begleitromane und Erzählchen sind in diesem bequem lesbaren Stil geschrieben, der der Geisteszug von dem Schwergewicht des Alltags befreit. Es wird da keine hohe Politik verpackt, wie im Leitartikel des Volksblattes, o nein, aber man sieht da das „heutige“ Leben mit vornehmen Augen, der Stil schmeichelt der Eitelkeit, man legt da „Wissen“ über sogenannte gesellschaftliche Umgangsformen voraus. Der Leser bewegt sich in Gedanken selber auf dem Parfett und drückt sich in weiche Polsterjesseln — er lebt für halbe Stunden in einer großen, andern unglücklich vornehmen Welt und der freundliche Schreiber hat so viel „Menschenkenntnis“, ihm zuzutrauen, daß er sich so immer selbst in Wirklichkeit bewege. So kommt es dann, daß die Abnehmer dieser Blätter gerade unter den proletarischen Hausfrauen am zahlreichsten sind. Für sie ist ja dann auch Stil und Aufmachung berechnet. Prüft man den eigentlichen Modeteil, sieht man, daß alles mehr auf Menge als auf Güte angelegt ist. Merkwürdigerweise sehen das so viele Frauen nicht.

Wie wirken sich nun diese bürgerlichen Blätter geschmacklich aus? Gar nicht! Ich habe meine Beobachtungen gemacht. Trotz aller Reichhaltigkeit vermag solch bürgerliches Blatt nicht geschmackserzieherisch zu wirken. Denn es ist noch längst nicht „modern“, wenn eine Frau sich lediglich den Rock verfürzt und helle Strümpfe zu hohen Stiefeln trägt; es ist auch noch längst keine „Eleganz“, wenn zu einer Hemdbluse eine Halskette getragen wird und ein langer spitzer Regenhirn unterm Arm. Es will eben alles in den unbedingt nötigen Zusammenhang gebracht werden, sonst wird eine ganz gegenteilige Wirkung erzielt. Es ist ja auch ganz verständlich, daß ein bürgerlich ausgezogenes Blatt dafür keine Spalte übrig hat — denn davor gerade haben jene Leute Angst, daß die Frauen hinter die Bäume am hänge kommen, folglich vermeiden sie auch alles derartige in ihren Modenblättern, weil sie selbst genaueste Kenntnis von den Zusammenhängen und ihren seelischen Auswirkungen haben. Darum erziehen sie die Frauen zum Nichtselbstdenken. Die sozialistische „Frauenwelt“ wird wahrscheinlich aus dem Grunde von vielen unserer Frauen abgelehnt, weil sie gewisse Ansprüche stellt an die Denkfähigkeit der Frau. Aus allen Gegenden Deutschlands kommen Klagen (Die Genossin, März 1929), daß sich die Zeitung so schwer durchsetzen kann.

Es ist sonderbar: da wäre nun ein guter Weg zur Weiterbildung, aber statt dessen greift die Frau zu dem bequemeren Spiegelbürgerblättern mit der Unfallversicherung und wirft ihr gutes, oft genug abgekauftes Geld dem Kapitalisten in die Tasche. Wenn sich die Hausfrau wenigstens mal zu einem Bergleich aufschwingen könnte über die Güte der Zeitschriften untereinander und einmal mit der Freundin oder mit dem Mann u. a. darüber spräche! Jetzt höre ich, wie da gerufen wird: Was versteht denn ein Mann davon! Nun, das dürfte ja auf eine Probe ankommen. Wenn er auch vielleicht die Beurteilung der Schnittmuster nicht übernehmen wird, so doch aber den literarischen Teil, den Roman, die Novelle, die Ratsschläger und die Bilder. Man braucht dem Mann ja nicht gerade in der Mittagspause damit zu kommen.

Kleider sind ein Stück Kultur, und der Mensch als Träger der Kultur, wie er sich so gerne nennt, sollte das, was er trägt, mit Bewußtsein und Willen zum Schönen tragen. Gut und schön gekleidet zu sein, ist kein vornehm Jünglingsweib. Wie man es macht, ohne viel Geld? Kein großes Geheimnis. Saltei einmal die „Frauenwelt“.

schlossen zu werden wie ein Hund. Er kannte das Buchhausreglement nur zu gut. Er — dort Stamngast — o, es war ja nicht auszu-denken. Bild köhnte er auf. Die Schwester wandte sich zu ihm. „Haben Sie Schmerzen?“ Sie dachte nicht daran, daß er sie erkennen könnte. Mehr Jahre ist eine lange Zeit. Und die Nacht, in der alle beinahe gleich ausjehen. Sie hatte ihn ja auch nicht sofort erkannt, nur der Name — „Lina“, ringt es sich von seinen Lippen. Ihr Gesicht wird um einen Schattens weißer. Sie bedeutet ihm, daß er jetzt schweigen soll. „Zur Besuchszeit“, flüstert sie. Um diese Stunde kann sie ein Alleinsein ermöglichen. Die Kranken wollen viel lieber mit ihren besuchenden Angehörigen im schönen alten Hospitalkarten. — Und sie beginnt das Essen zu verteilen. Auch ihm reicht sie eine Schüssel. Und er nimmt und isst. Der Leib heißt gebieterisch sein Brot, wenn auch die Seele vom Leid überfättigt ist. Dann, am Nachmittag, tritt sie an sein Lager. Er liegt in fiebender Erwartung. „Lina, ich will sterben“, bricht es sich von seinen Lippen.

„Man möchte wohl manchmal sterben, wenn es nach unserm Willen ginge“, sagte sie leise, und das Herz klopfte ihr fast hörbar. „Lina, ich muß sterben! Verzeiht du — ich muß!“ Ein wildes Feuer brennt in seinen Augen. In seinem Blick glüht Sehnsünder nach dem Ende. — „Was willst du von mir?“ Seine Wildheit lähmt sie fast. Ihre fragenden Blicke haften in seinen Augen und können sich nicht lösen. Und zugleich dämmert ihr das Verstehen, daß sie ihre Hand dazu reichen soll — wie weit geht doch der Egoismus eines Mannes. „Weißt du, was du von mir forderst?“ Horn und doch wieder Versehen mit seinem Gesicht, das ihn zerbrochen, ringen einen erbitterten Kampf mit ihr. „Ja, Lina! Ich weiß! Vergib mir! Nur dies eine Mal noch! Und sei barmherzig. Ich habe Schiffbruch gelitten. Wohl's Jahre da drin zu leben, dazu reicht mein Leben ja doch nicht mehr. Nicht dort! Dort ist der Tod so grauenvoll — gib du mir Frieden — du hast ihn —“

Sie folgt dem Blick seiner tieftraurigen Augen, die auf dem keinen weißen Schränkchen haften bleiben, dessen Schlüssel sie immer sorgfältig abzieht. Langsam, schwer erhebt sie sich vom Rande des Bettes. In wildem Ringen kreist die Gedanken in ihrem Hirn — Bild an Bild zog vorüber — zwölf Jahre Buchhaus, ein qualvolles Vegetieren! Ein langames Autodemartieren. Noch hatte sie ihn nicht gefragt, warum, wofür? Aber sie wußte ja, daß mit jeder neuen Mißfate das längst beglückte Konto nochmals aufgerechnet wird — viellecht stand seine Lat in gar keinem Verhältnis zum Strafmaß. Aber Frau Justitia erkennt trotz ihrer verbundenen Augen das Rainsgeichen auf der Stirn der Vorbestraften — zwölf Jahre — die trodene Guillotine nannten die Sträflinge die übermäßig lange Freiheitsberaubung — sie hatte es in der Hand, mit eines Atemslänge — und die Dual hatte ein Ende. Der Staat quält den Delinquent mit den furchtbarsten Marterwerkzeugen, weil er ihn gerade gefast hat — u. a. wen er nicht fast...?

Sie hatte oft darüber nachgedacht, ihr stark entwickeltes Gerechtigkeitsgefühl lehnte sich auf gegen das, was Menschen göttliche Weltordnung nannten. Ob es ein Unrecht war, wenn man korrigierend eingriff in das, was Menschen geschaffen, irrende, menschliche Menschen? Der vorliegende Fall war hoffnungslos, aber die Gesellschaft, die sich Nächstennam machte, war nicht ohne Schuld. Dennoch bestand sie auf dem, was sie „Recht“ nennt. Ihr gehört der Strafvollzug. „Sei barmherzig! Ich flehe dich an. Mir bleibt nicht viel Zeit!“ drängte er noch einmal. Zeit blieb wohl nicht. Sie wußte das seit gestern. „Der Häftling kommt langsam zu Kräften“, hatte der Arzt gestern nach der Abendvisite geäußert. „Wir können bald daran denken, ihn zu isolieren.“ Und dann würde die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen.

Schwester Christine ist nicht mehr sie selbst. Reife Wirtin das Glas, als sie es auf die Glasplatte des Tisches, bis an den Rand mit Wasser gefüllt, stellt. Mechanisch schiebt sie den Schlüssel ins Schloß des kleinen weißen Schränkchens, wie in Gedanken öffnet sie, schiebt wieder, ohne den Schlüssel wie sonst an sich zu nehmen. Kein Blick fällt auf das Bett des Kranken. Starren Auges geht sie hinaus. Die Kniee wollen den Dienst aufkündigen. Aber in unheimlicher Ruhe betritt sie ihr Zimmer, über die fast versteinerten Züge ihres Gesichts zuckt es auf wie der Schatten eines Nachens. — Und drin, im einsamen Saal, schiebt ein Mann, unsicher tammelnd wie ein schwerer Trunkener, und doch so sicher zwischen den Wänden im kleinen Schränkchen die richtige tastend, zu seinem Bett zurück. Die Buge verklären sich, jetzt hält er den Frieden fest, die Zeit ist vorbei, wo er wie ein gehektes Bild durch die Larde jagte, die entsetzliche Spanne zwischen vollbrachter Tat und Befastwerden, wo am Ende des Weges das Buchhaus seine Pforte öffnet — nie wieder braucht er diesen Weg zu gehen, nie wieder. Er ist frei und sitzt frei. — Gierig nimmt er den Inhalt des kleinen Flaschens in sich auf wie etwas Köstliches — scharf fällt der Kopf in die Rippen zurück, ein kurzer Ruck durchzittert den Körper, ein Strecken und Dehnen und über die fahlen Buge huscht leise und gültig ein Strahl der Sonne, glänzend und auslöschend, was das Leben mit hartem Griffel geschnitten.

Der Stadtrat

In einer kleinen Schwarzwalddstadt, in der das Bier nach dem bewährten Rezept gebraut wird, welches heißt: Sie fauelt's doch, lebten noch vor ein paar Jahrzehnten einige Originale alten Schlages. Da war einer, der hatte im Wirtshaus das böseste Maul. Was im Stadtrat geschah, kritisierte er aufs schärfste und sagte: Die Kerle do em Rot send eba faudomun. Da wählte man den Straleker selbst in den Stadtrat, und jetzt jagt der Oppositionsmichel mäuselstül da, mußte selber nichts Geschmecktes als die anderen und ließ den Kopf hängen. Aber im Wirtshaus machte er sich Luft und schimpfte: „Gimmelhergottsfarment! Wenn i no jcho wieder haußa wär, daß i wieder emol rechtichaffa schempfa könn.“ Alfred Auerbach.

Der Beweis. Das Gespräch kam auf die Gotteslästerungsprozesse und auf die Existenz Gottes überhaupt. „Mein Gott“, sagte da die münchener Filmschauspielerin Lotte R. „ich weiß gar nicht, weshalb die Herren sich da freieren. Wenn es keinen Gott gäbe, wie hätte er denn dann einen Sohn haben können?“

Der Schmerz. Beim Morgenrauen hatte ich mit der Solalgesellschaft den Berg bestiegen. Jetzt brach hegreich die Sonne durch und verklärte den Ausblick mit ihrem Schein. Gebannt starrte alles auf das Wunder, bis ein Herr neben mir schmerzgerührt sagte: „... das alles ist nun Republik!“

Der Kirchgänger. Unser Kolonialwarenhandler ist ein friehfertiger Mann. Keulich treffe ich ihn ausgehertig an der Tür: „Na, wo wollen Sie denn hin?“ Er schaut behauernd in die lodende Frühlingssonne und jagt: „Zur Kirche. Wissen Sie, man hat ja Mühsüß auf seine Kundschafft zu nehmen!“

Sie hat Recht. „Ich würde Sie gern engagieren“, sagte die Gnädige an der stellungsuchenden Köchin, „aber ich kann nur Personal brauchen, das langjährige Zeugnisse vorlegen kann!“ „Aber, gnädige Frau“, sagte die Bewerberin, „sien Sie doch nicht so streng! Sehen Sie mal: als Sie geheiratet haben, hat der Herr Gemahl doch auch keine langjährigen Zeugnisse von Ihnen verlangt!“ (Aus der Nr. 12 des Wahren Jakob.)

Schwester Christine

Von Lydia Nechland

(Schluß)

Das kommt auch der Oberarzt. Nach fünfziger Untersuchung schneidet er leichte Narben an und verhandelt während der Vorbereitung mit dem Neamen über das Nähere, die Angaben in das Sotruat eingetragen. Und dann aus Berl. Eine kleine Stunde und dann war keine Zeit geblieben und verstanden. Er schneidet vom rechten Nierenstück legt der Niere wie lot in den Rücken. „Zwölf Jahre Nierenleiden haben sie sich zuzulassen“, sagt der gebürtige Oberarzt. „James begreifen, daß er lassen wollte.“ schneidet aber nicht absonderlich schmerzhaft Nierensteine und zwei stündliche Narkoseinjektionen an.

Die Schwester stellte im Zimmer die Ordnung wieder her und sah von Zeit zu Zeit nach dem Kranken, die einzelnen Verbände prüfend und die Anweisungen befolgend. So verging im geschäftigen Hin und Her der Zeit der Nacht und auch die Fenster schloß sich das erste Sonnen des nächsten Morgens, herbeigehat oft von Schwester, denn die Nacht gramam die Ruhe schuldig blieb.

Nach über die Schwester kam die Erbschaft. Lässig nahm sie das Journal zur Hand, aber besondern Anteilnahme blätterte sie darin; ihr Geist war abgelenkt und hatte sich umgibt recht Aufregung — ja, das war das, sah sie denn hat aber oft ein Spieß die Werrischen Herren, der Name, den der Arzt nach ein eingelenkt, das war ja — o — den konnte sie ja — ihre Vater güterlich, in den überaus großen Augen fürchte und jammerte es. Eine Augenlid juckten ihre Hände einen Haß, einen letzten Augenblick war, dann doch sie zu entsinnen. So fanden sie die obliegenden Schwester den Augenblick an Augen vor. Schwester Christine kann Nierenleiden nicht mehr recht verstehen, wurde erklärt und ihre Vergebung zum Loslassung auf der Nierenoperation versagt.

Das lag der neue Stande langsam in weißen Fächerhänden. Er wag einen erhellenden Kampf mit dem Aufseher, der ihn ins Krankenhaus einleiten sollte. Aber wenn er anspürte, daß ihn ein Schicksalstanz kann geschwungen Mann an der Gängel posten wollte, beschloß er besser und kühler denn je sich er in die Rippen zu stechen. Nach jemand war da. Ein Mädchen mit stillen Augen. Den furchigen

Scheitel hatte eine weiße Gomb. Unter dem Kinn trug sie eine Brosche, darauf war ein Kreuz in Blut gefaucht wie ein lichtrotes Mal auf gelblichem Grunde. Reife kam und ging das Mädchen. Sie legte ihm kühlende Kompressen auf die brennende Stirn. Sie gab ihm zu essen und zu trinken und betete ihn sanft. Wer war nur das Mädchen? Wie kam die Stillegestalt in jenes Kerlers Nacht? Und die Augen, wo hatte er diese Augen schon gesehen? Gesehen hatte er sie schon einmal. Ganz gewiß. Wann? Ja weiter, weiter, nebelgrauer Ferner leuchtete eine Erinnerung auf — aber der Mund, der zu jenen Augen gehörte, lächelte immer. Der Mund dieses stillen Mädchens aber verstand nicht, zu lächeln, geschweige zu lächeln. Und dann lag in jenen Augen mehr Glanz, mehr Sonne. Diese Augen aber blühten wie durch Schleier — nein, die Erinnerung trug.

Eines Tages rief ihn jemand mit harter Stimme an; langsam erst und ganz abwesend wichen die Schatten einer endlosen Nacht von ihm. Er sah einen Mann in langem, weißem Kittel an seinem Bette stehen, der ihn erst und prüfend betrachtete. Und daneben wieder das Mädchen mit den großen stillen Augen.

Nach kurzen Verweilen ging der Weißgekleidete weiter, von Bett zu Bett. Dann verließ er den Saal. Und das Mädchen folgte ihm. Nun sah er sich um, betrachtete sich nach die anderen Insassen. Und nun wußte er, wo er sich befand. Wußte, wie alles gekommen und daß alles hergeblüht gewesen. Eine reizige heiße Blutwelle durchstrahlte seinen Körper.

Nach ein Ringelzischen eines Kranken trat das Mädchen wieder ein.

„Schwester Christine, ich liege nicht gut“, sagte jener und sie lagerte ihn bequemer, zugleich sein Bett auf die saunige Terrasse schiebend. Er wagte kaum, ihr mit den Augen zu folgen. Er hatte es gehört: Schwester Christine — o über die Schwach! Warum war ihm kein Sprung nicht besser geblüht, warum raßt ihn das Leben immer wieder von der Schwelle des Todes zurück? Was konnte es wohl mit ihm nach Gottes im Sinne haben? Und daß man ihn gerade hierher gebracht! Hier mußte er ja gesund werden, um dann in Setten ge-

Es ist ein großer Fehler

immer andere für sich denken zu lassen; dadurch kann ein eigenes Urteil nie entstehen. Man gewöhnt sich daran, eine fertige Meinung fortgesetzt zu erhalten. So denkt und fühlt man nur in der Masse, ohne jedes persönliche Empfinden. Dieses Massen-denken hat den Nachteil, daß in Fällen, in denen eigene Entscheidung nötig ist, der auf sich selbst Angelegene nicht weiß, wie er sich verhalten soll. Im Interesse unseres Verbandes liegt es, wenn jeder Kollege in der Lage ist, selbst zu prüfen und zu beurteilen, was recht ist.

Der beste Weg hierfür ist die Aneignung von Wissen, das uns befähigt, zu allem Stellung zu nehmen, das nützlich sein könnte. Dann verwandelt sich Wissen in Kraft; es wird zur Macht in den Händen gefestigter Männer.

Darum verpendet überall in den Versammlungen einige Stunden dazu, über den Wert der Bildung Klarheit zu schaffen. Es gibt nichts Wichtigeres, weil erst dadurch der Boden vorbereitet wird, auf dem die Erfolge der Zukunft erblühen können.

„Unbefugtes Verlassen der Arbeit“

Es war kurz vor dem 1. Mai, da kam die bürgerliche Presse mit einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts heraus, in dem gesagt war: Verweigerung an der Arbeitsruhe am 1. Mai berechtigt den Unternehmer zur fristlosen Entlassung nach § 123 der Gewerbeordnung. Mit schwebendem Herzen hat jene Presse ihren Lesern den fetten Happen dat. Das war einmal ein Urteil nach dem Herzen der Unternehmer. Doppeltes Glück war es, daß dieses Urteil gerade vor dem 1. Mai bekannt wurde. Natürlich mußte dieser Glücksstand gebührend ausgenutzt werden, vielleicht gelang es, recht viele Arbeiter von der diesjährigen Maifeier abzuhängen.

Die letztere Sehnsucht der Unternehmer ist allerdings nicht erfüllt worden. Überall, wo sonst der 1. Mai gefeiert wurde, hat auch in diesem Jahre Arbeitsruhe geherrscht. Der Schreckschuß, von dem die Unternehmer sich allerlei Versprechungen hatten, blieb wirkungslos. Unter diesem Gesichtswinkel gesehen, befindet sich mithin keine Notwendigkeit, sich mit jenem Urteil des Reichsarbeitsgerichts zu beschäftigen. Wenn wir an das Urteil dennoch eine kurze Betrachtung knüpfen, so deshalb, weil die Arbeitsgerichte ganz allgemein den einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung eine Auslegung geben, die unsere grundsätzliche Ablehnung herausfordert.

Wie heißt es in § 123 der Gewerbeordnung? „Vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden... 3. wenn für die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachkommen beharrlich verweigern.“ Zwei Begriffe finden wir hier: „Unbefugtes Verlassen der Arbeit“ und „Beharrliche Arbeitsverweigerung“. Können sie auf die Arbeitsruhe anlässlich der Maifeier Anwendung finden? Die Arbeitsgerichte bejahen leider diese Frage. Nach unserer Ansicht ist das aber eine sehr falsche Auslegung des Gesetzes, die in unsere heutige Zeit absolut nicht hineinpaßt. Die Anwendung des § 123 GO bei „unbefugtem Verlassen der Arbeit“ kann nicht in jedem beliebigen Falle zulässig sein, sondern nur dann, wenn das Fernbleiben von der Arbeit dem Betrieb Erschütterungen bringt, schwerwiegende Folgen zeitigt. Das ist aber bei der Arbeitsruhe wegen der Maifeier keineswegs der Fall.

Auch der andere Begriff „Beharrliche Arbeitsverweigerung“ kann unserer Ansicht nach nicht angewandt werden. Zwar hat das Reichsarbeitsgericht das Recht zur fristlosen Entlassung schon bei einmaliger Arbeitsverweigerung anerkannt, wenn die Absicht der beharrlichen Verweigerung erkennbar sei. Aber gerade dieses Kennzeichen kommt doch bei der Maifeier in Betracht. Der den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiernde Arbeiter denkt nicht daran, die Arbeit „beharrlich“ zu verweigern, er will nicht für längere Zeit der Arbeit fernbleiben, sondern nur für den einen Tag. In solchem Falle die Beharrlichkeit zu konstruieren und damit die Anwendbarkeit des § 123 GO für gegeben zu erachten, dazu muß man schon — Jurist sein.

Es ist eben ein eigen Ding um die Juristerei. Würde Träger des Maieregedankens nicht die sozialistische und freigewerkschaftliche Arbeiterchaft sein, sondern irgend eine bürgerliche Interessengemeinschaft, dann wäre kaum gegen eins zu wetten, die Juristen (auch die an den Arbeitsgerichten) sagten: „Hier kann der § 123 GO nicht zur Anwendung gebracht werden; man muß dem Teilnehmer an der Maifeier zugute halten, daß er sich als Glied einer machtvolten, von einer umfassenden Idee erfüllten Bewegung fühlt und die Arbeitsruhe als Grenzpflicht betrachtet.“ Weil aber der Maieregedanke nun nicht bürgerlich, sondern eben sozialistischer Geistes ist, lassen die Juristen ihn nicht gelten. Unsere Aufgabe ist es, hier ein Stück Erziehungsarbeit zu leisten, dem Maieregedanken Geltung auch bei den Arbeitsgerichten zu verschaffen.

Das letztere gilt nicht nur hinsichtlich der Maifeier, es hat auch allgemeine Bedeutung. Man hat in Deutschland die Angewohnheit, unter dem Begriff „Wirtschaft“ immer nur die Unternehmung zu verstehen. Die Bedürfnisse der Wirtschaft“ erfordern dieses oder jenes — und bei näherem Zusehen entdeckt man, es sind die Bedürfnisse der Unternehmer. Über den anderen, nach unserer Meinung weit bedeutungsvolleren Faktor der Wirtschaft, über die Arbeiter und das, was deren Bedürfnisse dringend erfordert, spricht man einfach nicht. Gätte statt der formaljuristischen die tatsächliche Gleichberechtigung von Arbeitern und Unternehmern an Gerichtsstelle Platz, so manches Urteil hätte ein anderes Aussehen.

Doch zurück zum eigentlichen Stoff. Wenn der Unternehmer vor dem 1. Mai der Absicht der Arbeiter, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen, mit der Ankündigung fristloser Entlassung begegnet, kann ist doch der Begriff „Unbefugtes Verlassen der Arbeit“ gegeben, falls dennoch die Arbeitsruhe durchgeführt wird? Gemacht Welche Absicht leitet den Unternehmer bei seiner Ankündigung? Er will die feiernden Arbeiter wegen der ihm mißliebigen Arbeitsruhe bestrafen. Offensichtlich fehlt jeder andere Beweggrund. Zur Verhängung des Strafen bedarf es aber — auch nach der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts — der Zustimmung der Betriebsvertretung. Die fristlose Entlassung wegen der Maifeier kann gar keinen anderen Charakter haben als den einer Strafe. Denn die oben erwähnten Begriffe des unbefugten Verlassens der Arbeit und der beharrlichen Arbeitsverweigerung sind nicht anwendbar. In diesem Ergebnis kommt auch Rothhoff in einem in der „Goldarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Artikel, in dem er schreibt:

„...bleibt ein letzter Versuch, die fristlose Entlassung zu rechtfertigen: Wenn der Unternehmer ausdrücklich die Teilnahme an der Maifeier oder die Arbeitsverweigerung aus diesem Anlaß bezieht, wenn er im voraus andeutet, daß er sie mit fristloser Entlassung beantworten werde, so liegt in dem Zuwiderhandeln eine so schwere Unbotmäßigkeit, daß dadurch die Disziplin im Betriebe erschüttert werde. Deswegen könne der Unternehmer diesen Arbeiter wegen seiner Widerpenflichkeit nicht weiterbeschäftigen mit Rücksicht auf die Ordnung im Betriebe oder auf das Ansehen des Betriebsleiters. Auch dieser Rechtfertigungsversuch geht daneben. Denn einerseits ist Unbotmäßigkeit oder Disziplinwidrigkeit leiner der acht Gründe, die allein zur Entlassung nach § 123 berechtigen. Andererseits ist sie auch kein „wichtiger“ Grund im Sinne der allgemeinen Vorschriften, denn der Unternehmer hat hier einen Konflikt seinerzeit heraufbeschworen, den er leicht vermeiden konnte. Wenn er sich mit seiner Verleugung über die Maifeier, die nun einmal zu einem Faktor im Arbeitsleben geworden ist, mit dem man rechnen muß, nicht einigen kann, so muß es dem Gericht überlassen bleiben, zu entscheiden, ob eine Kündigung deswegen eine „unbillige Härte“ oder eine gewerkschaftliche Maßregelung nach § 84 WRG sei. Diese Prüfung kann nicht abgeschnitten werden durch eine fristlose Entlassung. In ihr liegt ein wichtiger Grund vor...“

Es wird selbstverständlich nicht leicht sein, die hier erörterten Gesichtspunkte den Arbeitsgerichten gegenüber zur Geltung zu bringen. Dennoch dürfen wir nicht darauf verzichten. Was auf den ersten Anblick nicht gelangt, braucht darum nicht unmöglich sein. Diese Erfahrung machen wir ja fortwährend in der Gewerkschaftsbewegung. Je mehr wir aber unsere Bewegung stärken, desto größere Geltung verschaffen wir ihr auch an Gerichtsstelle, desto eher erreichen wir auch, daß die gegenwärtig formaljuristische Gleichberechtigung ersetzt wird durch die tatsächliche. Erstere ist in Wirklichkeit eine Ungerechtigkeit, eine Zurücksetzung.

Eine gewerkschaftliche Stimme zur Unfallverhütungswoche

Die Metallarbeiter-Zeitung Nr. 8 vom 13. Februar 1929 brachte eine kurze, aber angebrachte Kritik über die einseitige Propaganda der Reichsunfallverhütungswoche. Diese Kritik gab der Wirtschaftlichen Rundschau für Industrie, Handel und Handwerk Nordbayerns zu nachstehenden Auslassungen Veranlassung:

„Die Darstellung der Metallarbeiter-Zeitung entspricht nicht den Tatsachen. Aus den Gewerbeaufsichtsberichten geht hervor, daß die Betriebsräte häufig gerade in ihrer Aufgabe, bei Vermeidung von Unfällen mitzuwirken, versagen, weil sie offenbar andere Aufgaben für wichtiger halten. Der bayerische Landesgewerbeaufsichtsbeamte schreibt im Bericht vom Jahre 1927 (S. 2 XIV): „Mit den Betriebsvertretungen haben die Beamten nach Möglichkeit, gelegentlich der Betriebsbesichtigungen Fühlung genommen. Anregungen und Beschwerden in unsfalltechnischer Hinsicht wurden hierbei weniger als solche gesundheitlicher Natur. Dies liegt wohl auch mit an dem Umstand, daß bei der Betriebsratswahl zu wenig Gewicht auf solche Personen gelegt wird, die sich für die Behandlung des technischen Betriebsschusses besonders eignen.“ Der Gewerbeaufsichtsbeamte für Nürnberg-Fürth schreibt (S. 2 S. 97): „Zum Standpunkt des Arbeiterschusses wird noch sehr vermehrt, daß eine gewisse Arbeitsteilung in der Betriebsvertretung — abgesehen von einigen Betrieben — noch nicht durchgeführt ist. Dadurch wird der Bekämpfung der Unfallgefahr nicht immer die gewünschte Beachtung geschenkt.“ — Die Gewerkschaften würden also besser daran tun, nicht immer über den Arbeitgeber zu schimpfen, statt auf ihre eigenen Leute einzuwirken.“

Die Wirtschaftliche Rundschau würde sich um die Unfallbekämpfung ein gutes Verdienst erwerben, wenn sie den Ursachen nachgehen würde, die einem ersprießlichen Zusammenarbeiten zwischen Betriebsrat, Betriebsleitung und Aufsichtsbehörden hindernd im Wege stehen. Vielleicht können wir einige Fingerzeige aus den

Das größte Hemmnis des Fortschritts ist die Stumpfheit, und der bequemste Deckmantel der Stumpfheit ist das Bewußtsein des Nichtwissers, das billige Märkeln an allem, was eifrig und mutig vorwärtsstrebt.

Rudolf Euten

Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten und den periodischen Berichten der Betriebsräte geben. Der Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten von 1920 S. XVI bejagt:

„Die Betriebsräte haben der Gewerbeaufsicht bei der Aufdeckung von Mängeln schon manche wertvolle Beiträge geleistet. Während es vielfach mit Rücksicht auf die Arbeiter selbst unterlassen werden mußte, mit diesen bei den Betriebsbesichtigungen ins Benehmen zu treten, ist durch die Betriebsräte ein natürlicher Kontakt zwischen Aufsichtsbeamten und Arbeiterschaft hergestellt.“

Zur damaligen Zeit handelte es sich nicht nur um eine gelegentliche Fühlungnahme mit den Betriebsräten, sondern sie erhielten auch Kenntnis von den gemachten Beanstandungen der Gewerbeaufsichtsbeamten und mußten diese Kenntnisnahme bestätigen. Dies ging aber einigen Arbeitgebern in Nürnberg-Fürth zur Aufsichtsbearbeitung zu weit. Wir finden das im Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten vom Jahre 1923/24 Bd. II S. 113 bestätigt, und zwar folgendermaßen:

„Die Weigerung einer Firma, die Revisionsbeanstandungen dem Betriebsrat bekanntzugeben, war Veranlassung, dem letzteren die Beanstandungen unmittelbar schriftlich mitzuteilen. Für die Folgezeit wurde aber von dieser Gepflogenheit Abstand genommen und, soweit die damaligen Erkundigungen ergaben, weil die Arbeitgeber beim Sozialministerium dagegen Stellung nahmen.“

Ein Stück ausfichtsreicher und Erfolg versprechender praktischer Gemeinschaftsarbeit wurde dadurch zerstört. Unter diesen Umständen wäre eine negative Einstellung der Betriebsräte zum Unfallschutz verständlich. Wenn die Wirtschaftliche Rundschau sich bemühen würde, im eigenen Lager dafür zu sorgen, daß den Anforderungen des Arbeiterschusses Rechnung getragen wird und das Mitwirkungsrecht der Betriebsräte auf diesem Gebiete entsprechend dem Willen des Gesetzgebers gewahrt wird, so würden zweifelsohne die Betriebsunfälle einen ersprießlichen Rückgang aufweisen. Die in letzter Zeit bekannt gewordenen schweren oder tödlichen Unfälle, Kettenschneidemaschinen 4 tödliche Mischbrandfälle und Brandunglück Stadler mit 12 Toten, sind sicher nicht auf Unterlassungen der Arbeitnehmer zurückzuführen. Eine besondere Sprache sprechen auch die in den Jahren 1926/27 durch die Gewerbeaufsichtsbeamten gemachten unsfalltechnischen Beanstandungen. Sie betrafen im Jahre 1926 in Bayern 11 533 produktiverbetriebl. Betriebe mit 23 583 Beanstandungen und 736 Handels- und Angestelltenbetriebe mit 1125 Beanstandungen. Gewerbehygienische Beanstandungen waren 6959 und 670 beanstandet. Im Jahre 1927 waren es 12 402 produktiverbetriebl. Betriebe mit 28 976 Beanstandungen und 1259 Handels- und Angestelltenbetriebe mit 2092 Auflagen. Gewerbehygienischer Art waren es 7543 und 564 Beanstandungen.

Auch die Berichte der Berufsvereinigungen lassen erkennen, daß noch ziemlich viel zur Verbesserung des Arbeiterschusses in den Betrieben notwendig ist. Vielleicht erkundigt sich die Rundschau auch, wie viele Klagen notwendig sind, bis endlich die Beanstandungen gehoben sind. Hierbei käme sie sicher zu dem Ergebnis, daß es besser ist, vor der eigenen Tür zu kehren.

Der Wert der Arbeitsbescheinigungen

Der Arbeiter muß bei Lösung seines Arbeitsverhältnisses darauf sehen, daß ihm bei der Entlassung die Entlassungspapiere ordnungsgemäß ausgefüllt ausgehändigt werden.

Für alle Arbeiter gilt neben der Invaliden- und Angestelltenversicherungskarte die Arbeitsbescheinigung. Diese Bescheinigung muß enthalten: Die Dauer der Beschäftigung, daß der Betreffende Mitglied einer Pflicht- oder Erwerbslosenversicherung war. Neben dieser Bescheinigung kann dem Arbeiter auf Verlangen ein Entlassungszeugnis in Form eines Zeugnisses ausgestellt werden, in welchem seine besondere Leistung und Führung bescheinigt wird.

Jugendliche Arbeiter dürfen nach der Gewerbeordnung nur beschäftigt werden, wenn sie im Besitz eines Arbeitsbuchs sind. Dieses wird in dem Polizeibezirk, in welchem der Betreffende seinen Wohnsitz hat, ausgestellt.

Bei eintretender Arbeitslosigkeit findet heute fast jeder Arbeiter den Weg zum Arbeitsamt. Er wird sich bemühen, durch Hilfe des Arbeitsnachweises eine seiner Fähigkeiten entsprechende Stelle zu finden; oder sollte das nicht der Fall sein, so wird er, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen auf ihn zutreffen, den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung stellen.

Im Falle der Zuweisung einer Arbeitsstelle wird er dem Arbeitsnachweises angestellten Ausschuss über seine bisherige Tätigkeit geben müssen. Bei der Vielfältigkeit der heutigen Berufe und dem Verlangen der Wirtschaft nach Spezialkräften kann der Arbeitsnachweis natürlich nur erfolgreich sein, wenn für jede offene Stelle auch die geeignete Arbeitskraft vermittelt wird. Es ist für beide Teile wertvoll, wenn der Unternehmer dem Arbeiter in seinem Entlassungschein die Art der Arbeit und wie lange er bei ihm beschäftigt war, bescheinigt.

Die Bescheinigung darf nicht einfach den Rebalverbrecher als Maschinenarbeiter oder den Lohnbuchhalter als Büroangestellten bezeichnen. Wenn heute die Spezialisierung in der Wirtschaft verlangt wird, so muß auch bei der Entlassung diese besondere Tätigkeit gekennzeichnet werden.

Wenn in diesem Sinne dem Arbeiter seine Arbeitsbescheinigung ausgestellt wird, werden viele Klagen der Unternehmer bei Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises beseitigt. Wertvoll ist auch die Aufbewahrung sämtlicher Arbeitsbescheinigungen. Manche Stelle konnte von dem Arbeitsuchenden nicht besetzt werden, weil er keine lückenlosen Arbeitspapiere vorlegen konnte.

Neben der Bescheinigung über die geleistete Tätigkeit kommt nach dem Gesetz vom 16. Juli 1927 über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Arbeitsbescheinigung über die Dauer der Arbeit, die Höhe des Bruttolohnes in den letzten 13 Wochen und der Nachweis der Zugehörigkeit einer Erwerbs- und Pflichtkrankenasse.

Aus dem Angeführten ergibt sich, daß der Arbeiter bei Lösung des Arbeitsverhältnisses darauf zu achten hat, daß ihm zwei Bescheinigungen ausgehändigt werden. Die erste über seine fachliche Tätigkeit und die Dauer des Arbeitsverhältnisses und die zweite zur Begründung seiner Arbeitslosenversicherungsansprüche.

Meinberg

Eine Spreewaldsfahrt

In Lübbenau angekommen, merkt man sofort, daß man sich im Spreewald befindet. Außer den landschaftlichen Reizen ist der Spreewald und im besonderen Lübbenau nämlich durch den Curleuanbau weithin bekannt. Kaum dem Zuge entiegen, werden bereits die heimischen Produkte „Saure Gurken“ angeboten.

Ein kurzer Spaziergang vom Bahnhof durch die Stadt Lübbenau (ursprünglich eine alte Wendenstadt), und man ist in wenigen Minuten am „städtischen Hafen“, dem bequemsten Abfahrtspunkt zu allen Sehenswürdigkeiten des Spreewaldes. In bereitstehenden Kahnen, die sechs Personen außer dem Fährmann tragen, beginnt die eigentliche Wassersfahrt.

Eine Kahnfahrt ist erfrischend und wirkt nervenstärkend zugleich. Ist es doch das ruhige Singeleiten im Kahn, das vollständige Fehlen des Wagenraffes und anderer Verkehrsmittel, die völlig staub-, rauch- und ruckfreie Luft, die hier wirklich für einige Stunden Ruhe und Erholung finden lassen.

Nach 15 Minuten Kahnfahrt wird das Bagunendorf Lehde, das Spreewald-Benedig, das 300 Landwirtsch. und Viehzucht treibende Einwohner zählt, erreicht. Hier hat sich das alte Wendenstum mit seiner auffälligen Frauentracht, seinen Sitten und Gebräuchen, geknüpft durch die Eigenart der Natur, noch frisch erhalten. Der Ort besitzt keine Fußwege, die Bewohner sind bei allen ihren Sanktionen auf den Kahn angewiesen. Wie ihre Vorfahren, so leben sie noch heute in ihren Blockhäusern, die aus fernesten, kunstvoll übereinandergefügteten Stämmen aufgebaut und mit Schilf gedeckt sind. Die Verbindung mit dem Nachbargrundstück ist durch eine schmale, hohe Brücke, die sogenannte Bank, hergestellt oder nur mit dem Kahn zu ermöglichen. Von seinem Kahn ist der Spreewaldler ungetrennt. Der Kahn führt das Kind zur Schule und zur Schule, die Mädchen und Jungen zur Spinnstube (Spinnstube) und zum Tanz, den Hochzeiter zum frohesten Fest seines Lebens. Er trägt auch den alten Wenden zur letzten Ruhe.

Weiteren Genuß bietet die Kahnfahrt vom Spreewald-Benedig Lehde nach dem idyllisch gelegenen Waldhotel Wotschpöke. Von hier an den Forsthauschen Schützenhaus, Karminmühle, Gise vorüber über die Hohenzschene nach dem Spreewaldorf Leipe und zurück nach Lübbenau. Majestätischer Hochwald mit himmelanstrebender schlanken Erlen und Eichen bieten die nötige Abwechslung. Wer eine solche Fahrt nicht mitgemacht hat in westertrücker Waldeinsamkeit, unter dem Schatten mächtiger Baumriesen, auf einsamen Flußläufen in langsam gleitendem Kahn dahingefahren ist, kann die Größe des Naturwunders nicht ermessen, das uns hier im Spreewald erhalten ist.

Die freigewerkschaftlich organisierten Fährleute, die im Ortsausfluß des WDB betreten sind, bitten bei geplanten Spreewaldbesuchen, sich vorher an diese zu wenden und sie bei Fahrten in Anspruch zu nehmen. Dieselben geben kostenlos gern Auskunft in allen Angelegenheiten, wie amtliche Fahrpreise, Zuweisung von zuverlässigen Fährleuten, Übernachungen, Ausarbeitung von ein- und mehrtägigen Touren usw. Zweckmäßig sind Anfragen an den Ortsausfluß des WDB zu Händen des Vorsitzenden A. W a r c h a n n, Lübbenau, Neue Kellnstraße 4, zu richten.

Seemannsgrab

Folgende Tatsache ist dem „Hamburger Echo“ entnommen. Als Prinz Heinrich von Preußen gestorben, wurde auf dem gleichen Schiff sofort Halbmast gesetzt und die Musik verboten, bei dem Tode eines Seemannsproleten wurde wie folgt verfahren: An Bord des Sdneidmampfers „Cap Polonia“, der der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft gehört, starb ein 57jähriger Steuermann, der über 20 Jahre lang bei der Reederei beschäftigt gewesen war. Knapp eine Stunde, nachdem der Tod eingetreten war, intonierte die Deckkapelle flote Schlagler und Märsche. Für Mitternacht wurde ein „Totenmännchen“ angelegt. Dazu erzählten das gesamte Verpflegungs- und Bedienungspersonal auf dem Hinterdeck. Die Nacht war stürmischer, nur eine einzige Lampe bereitete spärliches Licht. Vor der Reeling waren zwei kahle Zwischenbecken als Katafall aufgestellt. Dann erschienen der erste Steuermann und der Oberzahlmeister als Abgesandte der Schiffsleitung. Vom oberen Deck her klang fröhliche Musik einer Jazzkapelle. Sechs Matrosen trugen den in altes Segeltuch eingewickelten Körper des Steuermanns zur Reeling. Alle Gängepforten enthielten sich — man erwartete teilnahmsvolle Worte aus dem Munde des ersten Steuermannes. Nichts dergleichen geschah jedoch. Ein kaltes Kommandowort hallte in die Nacht hinaus: „Sah einmal einer am hinteren Ende mit an!“ Mit diesen Worten quillerte die Schiffsleitung eine spannendste Arbeit, pflichtbewusste Arbeit. Ein neues Kommando ertönte: „Maschine stop!“ Hierauf wurde die Leiche über Bord geworfen. „Maschine volle Kraft voraus!“ Damit war die „Feierlichkeit“ beendet. Als die Mannschaft auseinander ging, wäta es mit Trommel, Trompete und Pauke vom oberen Deck: „Wena der weiße Flieder wieder blüht...“ Der Unterhaltungsbetrieb auf dem Schiff wurde ohne jede Unterbrechung bis zum frühen Morgen fortgeführt.

Die verhängnisvolle Zunahme des Alkoholismus

geht auch aus dem Bericht der Heil- und Pflanzanstalt Erlangen für 1927 hervor. Danach waren unter den von der offenen Fürsorge betreuten Geistesgestörten Alkoholiker:

im Jahre	1922	1923	1924	1925	1926	1927
	55	98	171	289	391	512

Das ist fast eine Verzehnfachung! Selbst wenn ein Teil davon auf bessere Erfassung gerade dieser Unglücklichen kommen sollte, so bleibt doch eine mächtige Steigerung seit der erawungenen Einschränkung der Kriegsjahre unabweisbar. Den Alkoholproleten und ihren Schleppträgern ist es freilich noch viel zu wenig. Sie klagen über das Zurückbleiben des Verbrauchs hinter der Vorkriegszeit, der freilich, wenn es in diesem Schritt fortgeht, bald erreicht und übertroffen sein wird. Das Volkswohl nichts — der Profit alles!



Verbandsleben



Konferenz der Gewerkschaftsredakteure

Zum zweiten Male fand sich der Sachausschuß der Gewerkschaftsredakteure zusammen, um eine recht wichtige Sache, die Aktualität der Gewerkschaftspresse zu erörtern. Die Zusammenkunft fand am 14. und 15. Juni in Bremen statt. Dieser Ort war gewählt worden, um gleichzeitig einen Einblick in die Schiffbauindustrie zu bekommen. Hierfür lag ein prächtiges Stück des Schiffbaues zum Anschauungsunterricht bereit, nämlich das größte Schiff der Welt, die „Bremer“, deren Besichtigung der Norddeutsche Lloyd trotz einer schier unerträglichen Masse von Besuchern den Gewerkschaftsredakteuren gestattet hat. Doch hierüber sei ein andermal berichtet. Die Sitzung fand in dem neuen Volkshaus der organisierten Arbeiterschaft statt. Die Verwaltung des Hauses, das sich, was Größe, Architektur, Inneneinrichtung und Neuzeitlichkeit anbelangt, mit den Besten messen kann, was es auf diesem Gebiet gibt, war unermüdetlich tätig, ihr Kleinod umhergehlich zu machen. Die Gastfreundschaft der parteigenössischen Wasserbauern, von jeder herkunft, wurde an den zeitungsschreibenden Binnenlandlern rückwärtslos geübt. Das kann insonderheit von dem Verbandskollegen und Senator Sommer geagt werden, der Tor und Tür öffnete, um Einblick in das Innere der Räumlichkeiten zu gewähren, freilich auch in die Einrichtungen der Stadt selbst. Bei der Besichtigung der verschiedenen Reihchen von Arbeiterwohnungen, meist nette Ein- und Zweifamilienhäuser, konnte man nicht umhin, Betrachtungen über einst und jetzt anzustellen. Einst galt die Bürgerstadt von Bremen als eine der arbeiterfeindlichsten Deutschlands. Und wäre der Umsturz von 1918 mit dem prächtigen Aufstieg der organisierten Arbeiterschaft Bremens nicht gekommen, es wäre jetzt wahrscheinlich noch ebenso. Heute hat Bremen als einziges deutsches Land eine Arbeiterkammer, Sozialdemokraten sitzen im Senat, in der Regierung des Freistaates, und die Folge davon ist, daß sich seine ganze Politik in steigendem Maße zum Wohle der Arbeiterschaft wendet. Allerdings wäre der heilsame Wandel wohl auch trotz des Novembersturmes nicht eingetreten, wenn die Arbeiterschaft sich nicht fest zusammengeschlossen und ständig ihren Mann gestellt hätte, wenn es galt, die Arbeiterfrage zu fördern. Ganz unwichtig zu sagen, daß auch in Bremen der Deutsche Metallarbeiter-Verband in vorderster Reihe der Gewerkschaften steht. Und daß auch dort unsere Kollegen ihren Mann gestellt haben, dafür haben wir der Beweise genug. Als wir in dem Hiesigen der „Bremen“ herumgingen, da ist der fleißigen und knorrigen Kameradschaft in Achtung und Anerkennung gedacht worden, die das meiste zu diesem beispiellosen Werk der Schiffbaukunst beigetragen hat.

Für die Hauptsache der Konferenz, die Aktualität der Gewerkschaftspresse zu erörtern, hatte der Schriftleiter der Bellenburger Arbeiterzeitung, Kollege Thierfelder, die Einleitung übernommen. Er sagte, die gewerkschaftlichen Schriftleiter brauchen nicht nach Rezepten für ihre Zeitungen zu suchen, wohl aber nach fleißigen Lesern. Fleißige Leser des Gewerkschaftsblattes seien auch heute an der Gewerkschaftsarbeit teilnehmende Mitglieder. Während der Inflation, die die Organisationsstellen leerte, habe man nicht daran kommen können, die Zeitung zu gestalten, daß sie den Leser fesselt, sondern man mußte schon froh sein, ein zwei- oder vierseitiges Blatt mit den Verbandsanordnungen hinauszubringen. Seitdem diese trostlose Zeit vorbei ist, habe man Ausstattung und Inhalt der Blätter bedeutend verbessert, so daß sie jetzt eifriger gelesen würden. Dessenungeachtet sei noch viel zu tun. Vor allem müsse die Zeitung aktueller gemacht werden. Eine kurze nicht erst eine, zwei oder gar drei Wochen nach dem Reaktionsstadium in die Hände der Leser kommen, weil dann ihr Inhalt veraltet sei und er die Leser nicht mehr genügend fesselt. Eine ungenügend gelese Zeitung aber heißt nichts anderes, als daß ein Teil der unschönen und mit vieler Liebe verrichteten Arbeit des Schriftleiters umsonst getan sei. Es müsse daher getrachtet werden, die Zeitung schneller in die Hand der Leser zu bringen.

Der Redner legte dann im einzelnen dar, was in dieser Hinsicht schon getan oder versucht worden sei. Er erörterte die Unzulänglichkeit des inneren Bezugs der Zeitung durch die Post, die Verbesserung des Bezugs und die schnellere Verteilung durch die Ortsgruppen. Jedemfalls sei es geboten, das Verteilungssystem, das zuweilen noch aus einer längst vergangenen Zeit stamme, einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Die Aussprache zog sich weit in den Nachmittag hinein. Ein gutes Dutzend Redner nahmen daran teil. Im Verlauf der Aussprache stellte sich immer mehr heraus, daß die Aktualisierung der Gewerkschaftspresse weit über das Gebiet der Verteilung hinausgeht. Aktualisierung heißt nicht bloß schnellere Zustellung an die Leser, sondern auch, und gar noch mehr, fesselnder Inhalt, zweifelhafte Annahmen, Lebendigkeit, Vielseitigkeit des Lesestoffes, flüssige Sprache, laubere Schrift und gutes Papier. In der Zeitung müsse das Fortgeschrittene wie das andere Gewerkschaftsmitglied, das alte wie das junge, die Frau wie die Arbeiterfamilie Lesestoff finden, Lesestoff zu dem Zweck, den Gewerkschaftler wie seine Familie in das Gewerkschaftsleben hineinzuführen, darin zu helfen und zu helfen, Inz die Verbesserung müsse zu einem gewerkschaftlichen Familienblatt werden. Sei sie so zum Bedürfnis aller Glieder der Familie geworden, würde von mehreren Seiten nach der Zeitung verlangt werden und der heilsame Druck auf die Gewerkschaften, die Zeitung ständig und rasch zu verteilen, kam wie von selbst.

Der Ausblick der Meinungen über das, was versucht werden ist und des Versagens wert erscheint, über die Erfahrungen mit dieser und jeder Art von Lesestoff, über die Forderungen nach technischer Ausstattung nach dieser oder jener Richtung brachte jedes der Schriftleiter eine Fülle von überaus nützlichen Anregungen und praktischen Vorschlägen. Daß für jeder Schriftleiter eingeleitet auf ihre Möglichkeiten für seine Arbeit prüfen und bedachten wird, ist selbstverständlich. Dies wird ein Schritt weiter sein auf dem Wege zu einer schnelleren, zu einer wirksameren Gewerkschaftspresse, dieses bedeutsamen Kampfmittels der Arbeiterschaft.

Der Verbandstag der Kupferschmiede

Vom 28. bis 27. Juni waren die Vertreter des Kupferschmiedeverbandes in Hannover beisammen. Als Gäste waren aus Schweben der Kollege Christensen, vom DMB der Kollege Brandes erschienen, unser Kollege Reichel vertrat den DMB.

Aus dem Vorstandsbericht, den der Vorsitzende Jahrmart erstattete, geht hervor, daß der Verband in der Berichtszeit (1926 bis 1928) 916 Mitglieder gewonnen hat, so daß er jetzt 7185 zählt. Weiter berichtete der Vorsitzende über den Kartellvertrag und die Verschmelzung mit dem DMB. Der Vertrag habe als Vorstufe für die Verschmelzung nützliche Dienste geleistet und die Stimmung dafür günstig beeinflusst. Gewiß seien noch einige Mitgliedschaften vorhanden, mit denen die Zusammenarbeit zu wünschen übrig lasse. Doch seien das Nebenfragen in der großen Frage des Zusammenschlusses. Entscheidend seien die Beschlüsse der Kongresse von Breslau und Hamburg, die die verwandten Berufsorganisationen zum Zusammenschluß verpflichteten.

Die Verschmelzung war wohl der wichtigste Gegenstand des Verbandstages. Sie wurde denn auch eingehend erörtert und unsere Kollegen Reichel und Brandes beteiligten sich gleichfalls an der Aussprache, um die Zurechtweisung der Verschmelzung zu bekräftigen. Sie stützten die Kraft der Kupferschmiede als Branche im DMB und zugleich die der Gesamtorganisation. Die Lohnansprüche der Kupferschmiede könnten in dem großen DMB noch nachdrücklicher vertreten werden.

Zur Verschmelzung mit dem DMB lag folgender Antrag vor: „Die Abstimmung über die Verschmelzung mit dem DMB erfolgt am Ende des 3. Vierteljahres 1929. Entscheidend ist die einfache Mehrheit. Die Grundrechte der Mitglieder sind dadurch gewahrt. Ergibt sich keine Mehrheit, so entscheidet ein eigens dazu einberufener außerordentlicher Verbandstag endgültig. Die Delegierten werden verpflichtet, die Kollegen von der Notwendigkeit der Vereinigung zu überzeugen.“

Dieser Antrag — dessen Kern die einfache Mehrheit anstatt der bisher geltenden Zweidrittelmehrheit ist — wurde lebhaft befürwortet besonders von den Vertretern der Verwaltungsteilen Berlin und Dresden. Sie meinten, wenn die Zweidrittelmehrheit für die Verschmelzung weiter gelte, der Zusammenschluß womöglich noch einmal um drei Jahre verzögert werden könne. Der Antrag wurde jedoch gegen 10 Stimmen abgelehnt. Am Ende der neunstündigen Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Verbandstag nimmt Kenntnis von den Auswirkungen des Kartellvertrages mit dem DMB und dem Stande der Vereinigungsverhandlungen. Er hält nach wie vor den Zusammenschluß mit dem DMB für geboten und erwartet einen baldigen Abschluß der Vereinigungsverhandlungen. Unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge beauftragt der Verbandstag den Zentralvorstand, nach Abschluß dieser Verhandlungen mit dem DMB deren Ergebnis unseren Mitgliedern in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen und eine erneute Abstimmung zwecks Vereinigung mit dem DMB vorzunehmen. Das Ergebnis der Abstimmung ist einer Konferenz der Verbandskörperschaften vorzulegen. Im Falle der Ablehnung der Vereinigung mit dem DMB ist die Konferenz ermächtigt, eine Neuenteilung der Bezirke vorzunehmen.“

Über die Einführung der Inaktivunterstützung berichtete gleichfalls der Kollege Jahrmart. Nachdem sich mehrere Vertreter, darunter auch der Kollege Reichel dazu geäußert hatten, wurde dem von der Statutenkommission vorgelegten Entwurf mit allen gegen eine Stimme zugestimmt. Als die zwei wichtigsten Gegenstände erledigt waren, ging die Erledigung der anderen Anträge flott von statten. Zum Schluß wurde der bisherige Vorstand abermals erlesen.

Jubiläumfeier in Hannover

Am 22. Juni veranstaltete die Ortsverwaltung Hannover aus Anlaß der vor 25 Jahren erfolgten Vereinigung der bis dahin noch getrennten Verwaltungen Hannover und Linden eine Gedenkfeier. Die Vereinigung der beiden Verwaltungen machte endgültig Schluß mit der vorher bestandenen Zerstückelung einer Anzahl Berufs- und Bezirksgruppen und bewirkte den maßgebenden Aufschwung der Organisation der Metallarbeiter in Hannover. Waren es bei dem Zusammenschluß knapp 4000 Mann, die in der getrennten Organisation zusammenliefen, so konnte diese Zahl schon vor dem Krieg auf 10000 gesteigert werden. Am 1. April 1929 betrug die Mitgliederzahl in Hannover 12610. Mit der Feier verbunden war eine Ehrung einer großen Anzahl von Kollegen, die dem Verbands über 25 Jahre angehören. Verbandsgründer, das heißt solche Kollegen, die unmittelbar seit dem 1. August 1891 Mitglied sind, sind heute in der Verwaltung Hannover noch 27 vorhanden. Im Jahre 1926 konnten sich einmal weitere 382 Jubilare geehrt werden. Von diesen sind heute noch 359 vorhanden. Es waren außerdem hinzugekommen 772 Kollegen, die nunmehr ebenfalls eine ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft haben.

Die Feier selbst fand in der Stadthalle statt. Die alten sowie die neuen Jubilare waren mit ihren Angehörigen fast alle der Einladung der Ortsverwaltung gefolgt. Die über 4000 Personen fassende Saalhalle war gedrängt voll. Dem Erschienenen wurde ein besonderes ausgezeichnetes künstlerisches Programm dargeboten. Gewaltige Chöre mit Orchesterbegleitung wurden in höchster Vollendung ausgeführt. Außerdem wirkte mit der Sprech- und Bewegungsgarde der freien Volkshäuser sowie Herr Otto Zimmermann durch einige Reden mit. Die Begrüßung der Jubilare hatte der Bevollmächtigte Kollege Striefler übernommen. Die Festansprache hielt der Kollege Alwin Brandes vom Hauptvorstand. Anschließend an die Feier im Saal wurde im großen Ausstellungshallen die Übergabe der Diplome an die neuen Jubilare statt. Konzert und Unterhaltung hielt die Teilnehmer noch einige Stunden im trauten Kollegenkreise zusammen. Alle Teilnehmer an dieser eindrucksvollen Veranstaltung waren des Lobes voll für das Dargebotene. Die schöne Feier wird sicherlich allen Teilnehmern lange in Erinnerung bleiben.

Sterben der Werkzeitlehnen

Der Arbeiterzeitung mit Werkzeitlehnen scheint nicht erfolgreich gewesen zu sein, denn die Gültigkeit der Bestimmungen der Werkzeitlehnen, die seit Jahren allmählich erloschen, ist jetzt zu halbmonatlichen Erscheinungen übergegangen. Demnach behaupten, die Kosten seien zu hoch. Die Wahrheit wird sein, daß sich die Arbeiter nicht durch die Zeitung überzeugen lassen und noch wie vor ihre eigenen Forderungen vertreten. Bei solcher Lage hat der Unterzeichner wirklich keine Ursache, seinen Arbeitern noch eine Zeitung zu senden. Wir haben diesen Entwicklungsstand der Werkzeitlehnen vorausgesehen.

Ein trauriger Geselle

Die Kriegerdörfer Dorfsitzung bringt folgendes Inserat: „Schwabenberufe, nicht organisiert, fast Stellung, Lohn nach Überwindung.“ Der Lohn nach Überwindung ist selbstverständlich ein Unterlohn und damit soll dieser Wagt der nun bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ringenden organisierten Arbeitern in den Rücken. Jedesmalberingung um einen Arbeitsplatz.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 7. Juli ist der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. Juli 1929 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse				Beginn der Beitrags-erhebung		
	I	II	III	IV			
Frankfurt a. M.	30	25	—	15	15	10	29. Woche

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Öffentliche Aufforderung:

Der Former Karl Gunst, geb. am 25. Oktober 1881 zu Dorndiel, eingetragen am 6. März 1927 in Hamburg, Mitgliedsbuch Nr. 5782 056, wird hiermit aufgefordert, zur Durchführung seines Verfahrens seine Adresse dem Vorstand mitzuteilen.

Angeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsteile Fürstentwale: Der Schlosser Herbert Menneke, geb. am 20. Dezember 1909 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 6,615 748, nach § 22 Abs. 10.

Zurückgenommene Ausschließung:

Die in Nr. 44/28 veröffentlichte Ausschließung des Formers Robert Bergel, geb. am 3. September 1881 zu Braunschweig, Mitgliedsbuch Nr. 533 794, wird hiermit zurückgenommen.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, was unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.
Stuttgart, Rödelstraße 16. Der Vorstandsmitglied.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

von Carottierarbeitern aller Branchen nach Basel St.; von Elektromonteur nach Hamburg (Schwachstrom) St.; von Formern und Gleisereiarbeitern nach Solingen (Ld. Jale & Lohne früher Woge & Raffin);

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; W. = Wahrung; M. = Mängel; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abtampeln zu lassen.

Schriftenschau

10 Jahre Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Freistaat Sachsen. Die Zeitung des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums lag in den letzten 10 Jahren vorwiegend in den Händen sozialistischer Minister und dieser Bericht spiegelt ihre Tätigkeit wider. Man gewinnt einen Einblick in die Schwierigkeiten, die gerade in diesem Bereich in der Nachkriegszeit und der Inflation zu überwinden waren. Trozdem hält sich die Schrift davon fern, ein Lieb über Gemüts und Vollbrachte anzustellen, sondern es beschränkt sich auf eine Wiedergabe von Tatsachen. Die Schrift ist vom sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium herausgegeben.

Technik der geistigen Arbeit von Eduard Weisß. Ein Wegweiser für Selbstbildung und Benutzung des Unterrichts. Neuer Franfurter Verlag G. m. b. H., Frankfurt a. M. Preis 1 M. Das Büchlein ist eine knappe und doch ausführlich begründete Anweisung zur gründlichen, erfolgversprechenden Arbeit des Lernens. Es wendet sich an junge Leute, die von dem Wunsch befeuert sind, sich weiterzubilden und ohne solche Anleitung Gefahr laufen, infolge rein technischer Unbeholfenheiten auf halbem oder Viertelweg stehen zu bleiben. Das Buch ist auch für einfachste Leser verständlich, ohne hohe Ansprüche zu entwerfen.

Kampf um Panuropa, III. Teil, von H. R. Gondenhove-Ratery. Panuropa-Verlag Wien-Leipzig-Berlin. Preis: 3 Banaloven 7 M., broschiert 4,50 M. Dieses Buch gibt in 12 Kapiteln einen Überblick über das politische Leben Europas und der Welt — durch das Ringen um Einheit und Stabilität, an dem der Verfasser selbst, als Führer der Panuropa-Bewegung, hervorragend beteiligt ist. Fürstentwale, Gärten und Anlagen der Metalle auf Grund der physikalischen und chemischen Eigenschaften von Otto Lippmann. Preis 2 M. Der Verfasser behandelt nicht nur sämtliche Stoffarten und ihre Entstehung, Zusammenfassung und Verwendung, sondern auch das praktische Gärten und Anlagen. — Kunstgewerbliche Bearbeitung des Eisens durch Schlen, Hammer, Zangen und Feilen. Praktische Anleitung mit 58 Abbildungen von Metallplastiker Hans Sterzing. Preis 1 M. — Neue Motive moderner Schloßarbeiten, Band III, enthaltend 30 zeitgemäße Entwürfe mit genauer Materialbeschreibung über Grabgitter und Grabkreuze von Metallplastiker Hans Sterzing. Preis in Mappe 2 M. Die neue vorliegende Mappe schließt sich den ersten beiden Bänden des gleichen Verfassers würdig an. Verlag Gustav Wolf, Dresden A. 1.

Die Fleischabwägungen. Eine Sammlung praktischer Verfahren, zusammengestellt von Ing. Johann Jäschke. Siebente ungarbeitete Auflage mit 312 Abbildungen. Preis 3,20 M. Das Buch behandelt, durch Schichten erläutert, die Fleischabwägungen für allgemeine und juristische Körper, sonstige Körperformen, Umbrühungen und Schraubensflächen, den Schluß bildet ein Kapitel aus der Praxis des Abwägens. Verlag Julius Springer, Berlin W. 9, Linkestr. 23/24. 1923. Illustrierte Reichsbanner-Zeitung. Deutschlands beste republikanische illustrierte Zeitung, die wahrheitsgetreu über alle wichtigen Vorgänge in Wort und Bild berichtet. Dies Blatt gehört in den Arbeiterhaushalt. Herausgegeben vom Reichsbanner Schwarzrotgold. Preis 20 P. Überall erhältlich. Verlag J. G. W. Dieck, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Tiefe Genossenschaft

Genossenschaft — ein stolzes Wort, voll Selbstbewusstseins eigener Kraft. Laut töne es von Ort zu Ort und Kampftruf sei's: Genossenschaft!

Mit diesem Wort begrüßte der Arbeiterdichter Kerkow den 26. Deutschen Konsumgenossenschaftstag, der vom 17. bis 19. Juni in Mannheim tagte. Die deutsche Konsumereinsbewegung ist eine Macht geworden, ohne die das deutsche Wirtschaftsleben nicht mehr zu denken ist. Das kam auf dieser Tagung durch die starke Beteiligung der Behörden und Verbände zum Ausdruck. Die Genossenschaften bilden eine wirtschaftliche Macht, diese Erkenntnis ist in jahrelangem Ringen den Genossenschaftsgegnern abgerungen worden. Dadurch ist aber die Gegnerschaft gegen die Genossenschaften, insbesondere gegen die Arbeiterkonsumvereine nicht geringer geworden, nach wie vor wird die Bekämpfung von allen Seiten mit den unerhörtesten und gemeinsten Mitteln betrieben. Die manheimer Tagung brachte als Folge dieser Vorgänge auch eine scharfe Kampfansage an alle privaten und behördlichen Gegner der Konsumgenossenschaftsbewegung, die auch uns veranlaßt, dem Ringen in der Konsumgenossenschaft etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Erklärlich wird die Gegnerschaft, wenn die Zahlen betrachtet werden, die auf der Tagung im Geschäftsbericht über die Konsumgenossenschaftsentwicklung gegeben wurden. Daß dabei die Konkurrenz den Kopf verliert, ist einleuchtend, und der gehässige, verbissene Kampf gegen die Konsumvereine ist daher als Ausfluß des Selbsterhaltungstriebes zu werten. Soll aber die Arbeiterschaft auf das wichtige Mittel verzichten, sich den fargen Arbeitsbedienst durch genossenschaftlichen Warenbezug zu ersparen, nur weil dadurch einige Mittelständler, die in der Regel die schlimmsten Arbeiterfeinde sind, zugrunde gehen könnten? Der Arbeiter hat heute die Rückvergütung aus dem Konsumverein, die bei ordnungsgemäßen Warenbezug zwei volle Wochenverdienste im Jahre ausmacht, in seinen Haushalt einfließen. Die gut wirtschaftende Arbeiterfrau vermag so den Verdienst ihres Mannes ganz bedeutend zu mehren. Soll sie darauf verzichten, weil bestimmte Schichten erwarten, der Prolet muß von seinem Verdienst noch allerlei Parasiten des Zwischenhandels ernähren oder gar noch einigen Selbsttreibern einen ganz guten Nebenverdienst verschaffen, den er durch Betreiben einer Warenhandlung neben seiner regulären Arbeit erzielen will? Das kann nicht verlangt werden. Der Arbeiter hat begriffen, daß seine Kaufkraft, die er durch seinen Arbeitsverdienst erlangt, ein wirtschaftlicher Faktor ist, der nicht unterschätzt werden darf. So trifft die Hege gegen die Konsumvereine letzten Ende immer wieder den Arbeiter.

Einiges aus dem Geschäftsbericht über den Umfang der Konsumereinsbewegung. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist die Spitze der Verbraucherorganisationen. Ihm sind rund 2,9 Millionen Mitglieder angeschlossen, die fast ausschließlich Familienhäupter sind, so daß nahezu 12 Millionen deutsche Einwohner von der genossenschaftlichen Warenversorgung erfasst sind. Diese Mitgliederzahlen haben im Jahre 1928 ganz gewaltige Warenumsätze erzielt. Der Bericht weist aus, daß 1,1 Milliarden Umsatz erreicht wurden. Dazu kommt der Wert großer Warenmengen, die in Eigenbetrieben erzeugt werden. Von diesem Milliardenwert sind den Mitgliedern Millionensummen als Erparnis zurückgelassen. Die Genossenschaft der Konsumvereine ist die Großkaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine, kurz GKG genannt. Sie kauft die Waren für die Konsumvereine in großen Massen ein und ist insbesondere in den letzten Jahren zu einer umfassenden Eigenproduktion übergegangen. Diese Entwicklung ist in den letzten Jahren eine gewaltige gewesen. Die wenigsten Arbeiter haben eine Ahnung, welche ungeheure Wirtschaftsmacht sich hier im stillen entwickelt hat. Der Arbeiter, der Mitglied in einem Konsumverein ist, ist heute Mitbesitzer von 42 Fabriken, in denen 7500 Arbeiter und Angestellte unter guten Arbeitsverhältnissen, Achtstundentag und Altersversorgung beschäftigt werden. In diesen Betrieben sind im letzten Jahre Waren im Werte von 105 Millionen Mark hergestellt worden. Die Fabrikanlagen sind alle neu und sehr leistungsfähig, doch ist ihre volle Leistungsfähigkeit von den Mitgliedern noch nicht in Anspruch genommen. Die Arbeiter erliegen der Suggestion durch Reklame. Sie kaufen die Waren aus den Betrieben der Privatproduktion, weil sie den geringeren Reklameanpreisungen Glauben schenken, und lassen die Waren aus den eigenen Betrieben unbeachtet. Dabei schreien viele noch nach Sozialismus und sehen nicht, daß hier schon sozialistische Produktion besteht. Hier muß noch große Aufklärungsarbeit geleistet werden. Welches Vertrauen heute den Genossenschaften entgegengebracht wird, geht auch aus den Spareinlagen hervor, die die beachtliche Höhe von 296 Millionen Mark erreicht haben. Die Konsumvereine haben ihren Inflationsglaubigern eine Aufwertung zuteil werden lassen, die meist das Doppelte und dreifache der Sparkassen ausmachte, und so ist auch dieses Vertrauen gerechtfertigt.

Die gute Entwicklung der Konsumgenossenschaften hat nun die Reider auf den Plan gerufen. Das Krämer- und Händlertum sieht an erster Stelle, sie versuchen die Genossenschaften zu schädigen, weil sie glauben, damit den lästigen Konkurrenten zu treffen. Zu ihnen gesellt sich aber in neuerer Zeit in ganz ungehöriger Weise der Steuerfiskus. Er hat es auf den Rabatt abgesehen, den sich die Konsumereinsmitglieder durch den gemeinschaftlichen Warenbezug ersparen. Den möchten sie besteuern und die Summen in den Staatskassen zur Bestreitung der Ausgaben werfen, wodurch sie von dem Zwang, den Reicht zu besteuern, befreit würden. Hier gilt es für den Arbeiter, die Augen etwas offenzuhalten. Die Selbsthilfe darf kein leerer Wahn werden.

Die Konsumvereine zahlen heute dem Staat 14 Millionen Mark Steuern. Das hindert die Genossenschaftsgegner nicht, forciert in der Öffentlichkeit von einer „Steuerfreiheit“ der Konsumvereine zu jodeln. Die Genossenschaften haben durch ihren vorteilhaften Großwareneinkauf und durch ihre rationelle Warenproduktion für ihre 2,9 Millionen minderbemittelten Familien etwa 53 Millionen Einkaufserparnisse gemacht. Von dieser Summe wollen nun Mittelständler, Finanzämter und Reichspräsident nicht weniger als 16 weitere Millionen Mark mit einem Schein des Rechtes dem Staate überantworten. Um dieses fertig zu bekommen, will man den Konsumvereinen den Nachweis erbringen, daß sie sich nicht nur auf den Warenbezug für ihre Mitglieder beschränken, sondern auch an andere Personen verkaufen. Nun haben die Konsumvereine zu strengeren Maßnahmen gegriffen, um die Warenabgabe an Nichtmitglieder, die sich immer wieder in die Verkaufsstellen einschleichen, zu unterbinden. Was also an geleglicher Sicherheit getan werden konnte, ist getan worden. Die Mittelständler haben aber zu den gemeinsten Mitteln gegriffen, um doch den Nachweis des Ver-

kaufes an Nichtmitglieder zu erbringen. Sie bedienen sich der Lockpöbel. In bestimmten Tagen, wo starker Andrang in den Warenabgabestellen herrscht, werden die Kreaturen geschickt, um den Versuch zu machen, einige Waren zu bekommen. Im Drange der Geschäfte gibt nur einmal eine Verkäuferin nicht acht, verabschiedet die Waren und schon ist der Nachweis des Verkaufes an Nichtmitglieder erbracht. Auf Grund solcher Warenkäufe haben dann die Krämer Schadenersatzklagen gegen den Konsumverein angestrengt und das Reichsgericht fällt das schier unglaubliche Urteil, daß den Krämer Schadenersatz zu zahlen sei. Auf die unbillige Handlung von Lockpöbeln baut das höchste Gericht Urteile auf, die Recht und Gerechtigkeit vollständig auf den Kopf stellen. Die Bekämpfung geht so weit, daß sich ein Gericht fand, daß den frankfurter Konsumverein zwang, Beiträge an die Handelskammer zu zahlen, von der er kaufte, daß sie die Interessen des Konsumvereins gar nicht vertrete. Die Gerichte stellen sich auf den Standpunkt, die Konsumvereine sind keine Organisationen zum Schutze der Minderbemittelten, sondern großkapitalistische Unternehmen. Das leiten sie von der Tatsache ab, daß ein Genossenschaftsmitglied durchschnittlich ein „Kapital“ von rund 100 M in den Genossenschaften sein eigen nennt. Kann zu solcher Justiz Vertrauen gefaßt werden? Die Justiz legt eine einseitige Haltung an den Tag, die Behörden sind meist so zweideutig in ihren Entscheidungen, daß sie eher als Stütze des Mittelstandes gelten können. Die republikanischen Behörden unterscheiden sich in nichts von der Genossenschaftsfeindlichkeit des zusammengebrochenen Kaiserreiches. Die jammervolle Haltung der Justiz, Behörden und Parlamente ermuntert das mittelständlerische Krämerium zu ihren bodenlosen Dreistigkeiten.

Der 26. Genossenschaftstag hat gegen dieses unerhörte Treiben flammende Anklagen erhoben. Wägen die Lenker des Staates die Stimme bernehmen, sie sollten sich wirklich überlegen, ob sie in diesen Fragen bornierter auftreten wollen als die Vertreter der alten Mächte. Die Erparnisse der Konsumgenossenschaften sind heute ein lebensnotwendiger Einkommensteil für Arbeiter, kleine Angestellten und Beamten. Von diesen Mitteln die Hände weg. Gegen den Mittelstand, der solche Niederträchtigkeiten in der Bekämpfung der Konsumvereine eingeführt hat, hat der Genossenschaftstag Gegenmaßnahmen ergriffen, die auch allen Arbeitern zur Beachtung empfohlen werden. Die Resolution lautet:

„Der 26. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 17. bis 19. Juni 1929 in Mannheim erklärt gegenüber den terroristischen Verhören gewisser Mittelstandsreife, ihrer Presse und ihrer politischen Vertretungen, Mitglieder der Konsumvereine zum Austritt zu nötigen:

In jedem Falle, wo solche Verhören einwandfrei festgestellt sind, werden die Konsumvereine und ihre Mitglieder bei der Begebung von Arbeiten und Lieferungen nur solche Unternehmer oder Handwerksmeister berücksichtigen, die sich von dem geschil-

berten Treiben des Mittelstandes fernhalten. Angesichts der unaufhörlichen Angriffe gewisser Mittelstandsreife auf alles, was genossenschaftlich und sozialistisch denkt und handelt, erwartet der Genossenschaftstag, daß alle genossenschaftlich und sozialistisch Denkenden aus Selbstachtung ihren Gegnern die Konsequenzen ihres Vorgehens begrifflich machen werden:

Die unverhüllte Misachtung, die gewisse Mittelstandsreife allen Unselbständigen entgegenbringen, muß diese veranlassen, ihre Haltung zu diesen Kreisen entsprechend einzurichten.

Die enge Verbindung der landwirtschaftlichen Erzeuger mit den organisierten Verbrauchern ist eines der Mittel, die Landwirtschaft vor weiterer Verelendung zu bewahren. Der Genossenschaftstag erwartet daher von den Landwirten, daß sie sich nicht für die Bestrebungen, die sich gegen die organisierten Verbraucher richten, mißbrauchen lassen.

Soweit die Mittelstandsverbände absichtlich und planmäßig die Interessen der organisierten Verbraucher zu schädigen suchen, müssen sie sich damit abfinden, daß die Verbraucherschaft die geeigneten scharfen Abwehrmittel anwendet.“

Des weiteren beschäftigte sich der Genossenschaftstag mit den Fragen des Zolltarifes und brachte seine ablehnende Stellung in einer Entschließung zum Ausdruck, die besonders auf die durch Zoll bedingte Verteuerung der allernotwendigsten Lebensmittel für die große Masse der arbeitenden Bevölkerung hinweist und von der Parlamentsvertretung verlangt, diesen Vollen nicht zuzustimmen. Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Wirtschaft wurde noch besonders erörtert. Dabei kam zum Ausdruck, daß die Genossenschaften keine Bevorzugung in der Besteuerung verlangen, sondern nur Gerechtigkeit. Die konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsform stehe im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaftsform, ihre Arbeit gelte dem Auf- und Ausbau der Wirtschaft im Sinne der Gemeinschaft. Alle Vergeltung in der Warenverteilung durch Zwischenhandel müsse ausgeschaltet werden. Die Genossenschaft wirke heute preisregulierend. Der Grundsatz der Barzahlung, den die Genossenschaften unter allen Umständen hochhalten, soll die Arbeiterschaft vor Schuldnerechtschaft bewahren. Dann erledigte der Genossenschaftstag noch seine geschäftlichen Angelegenheiten.

Der Hochkapitalismus geht seinem Ende zu und schon zeigen sich die Umrisse einer neuen Gesellschaft. Die Gemeinwirtschaft, deren Anfänge die heutigen Genossenschaften sind, wird die Wirtschaftsform der Zukunft sein. Der Hochkapitalismus mit seinen raffinierten Formen des Gewinnraffens und Profitstrebens kann die Menschheit kulturell nicht höher führen. Hier muß das Proletariat mit seinen Selbsthilfeorganisationen einsetzen. Der wirtschaftliche Rückhalt des Arbeiters ist die Konsumgenossenschaft, ihr anzugehören, in ihr seine Pflicht zu erfüllen und im Kampf um ihre Erhaltung seinen Mann zu stellen, muß Aufgabe jedes Klassenbewußten Arbeiters sein. P. S a a f e.

Das Dinta und die Kirche

Es wird uns geschrieben: Bekanntlich wurde das Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung (Dinta) in der Sitzung der Fachauschüsse des Vereines deutscher Eisenhüttenleute am 24. Mai 1928 gegründet. Bei der Eröffnungsansprache sagte der Vorsitzende, der Schwerindustrielle Dr.-Ing. Bögl: „Die Einsichtigen unter uns sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wir in der Arbeiterfrage — ich will das Wort richtig und kurz fassen — festgelaufen sind. Seit Jahren sind Verträge von hohen Stellen, von Berufenen und Unberufenen, von Organisationen unternommen worden. Wir müßten feststellen, daß wir um keinen Schritt weitergekommen sind.“ Damit gab Bögl schon den Vortritt der Unternehmer in der Behandlung des wichtigsten ihrer Produktionsfaktoren, des Menschen, unumwunden zu. Wie weit ist das Dinta nun heute? Zum vierzigjährigen Bestehen des Instituts mußte man doch etwas tun. Beim Schalker Verein in Gelsenkirchen, an der Geburtsstätte des Dinta, hat der Direktor des Instituts sein Hauptquartier aufgeschlagen. Die Güttingerzeitung, die wöchentlich erscheint, erscheint jetzt nur noch vierzehntägig. In der Güttingerzeitung wurde oft erzählt, sie werde von der Arbeiter-

schaft gerne gelesen. Das ist natürlich Fasel. Dem Arbeiter widersteht diese Art von geistiger Nahrung. Große Hoffnung setzte man auf die christlichen Gewerkschaften. In dem Tätigkeitsbericht des Instituts vom Jahre 1927/28 kann man lesen:

„Bedeutend gegenständlicher und ungelärter ist das Verhältnis zu den Gewerkschaften. Die Institutsleitung hat für die Besorgung der Gewerkschaften immer Verständnis gezeigt... Das hat erfreulicherweise dazu beigetragen, daß seit Jahresfrist die christlichen Gewerkschaften dem Dinta gegenüber eine verständlichere Haltung an den Tag legen als anfänglich. Wir bedauern, daß die freien Gewerkschaften dem besonnenen Beispiel der christlichen Gewerkschaften nicht gefolgt sind und daß der unbegründete Kampf von seiten der freien Gewerkschaften trotz aller Anerkennung der beruflichen Förderung der Arbeiterschaft durch das Dinta mit unerminderter Schärfe in Rundgebung und Presse weitergeführt wird...“

Von den christlichen Konfessionen wird in dem Bericht weiter gesagt: „Das Interesse dieser Organisationen ist entweder kultur- oder sozialpolitisch. Soweit es kulturpolitisch ist, wird die Frage aufgeworfen, ob nicht durch die Dintabestrebungen die Industrie den Versuch mache... den Menschen ausschließlich für die Zwecke und Mentalität des industriellen Erwerbslebens zu beschlagnahmen. Der Mensch soll durch das Dinta aus sozialpolitisch vorwärts drängenden Verbänden herausgelöst werden, um ihn um so besser dem rein wirtschaftlichen Willen der Industrie unterwerfen zu können. Dieses Bedenken muß vom Dinta durch eine große Anzahl von Veröffentlichungen, Vorträgen und Besprechungen ausgeräumt werden. Soweit die beiden großen christlichen Konfessionen in Frage kommen, darf hier wohl gesagt werden, daß die anfänglich auftauchenden Besorgnisse der geschichteten Art im wesentlichen zerstreut wurden. Die Vertreter beider Konfessionen zeigen sowohl in persönlicher Aussprache wie auch in ihren Veröffentlichungen durchweg ein großes Verständnis für die Aufgaben, die sich das Dinta gestellt hat... Die Institutsleitung bestärkt diese verständnisvolle und unboreingenommene Haltung der in Frage kommenden kirchlichen Kreise mit ganz besonderer Genugtuung und ist davon überzeugt, daß dieses Vertrauensverhältnis von seiten des Dinta und der ihm befreundeten Firmen keine Störung erleiden wird.“

Wenn das wahr ist, was da die Leitung des Dinta behauptet, so würde das bedeuten, daß die Kirche und ihr Anhang eins sind mit dem reaktionärsten Unternehmertum, die Arbeiter geistig zu vernageln, um sie besser scheren zu können. Denn zu nichts anderem dient ja das Dinta. Dafür werfen die Schwerindustriellen die braunen Lappen haufenweise hin. Es wird bestimmt umsonst sein. Als Beweis dafür kann das Ergebnis der jüngsten Betriebsräte-wahlen beim Schalker Verein gelten. Wenn irgendwo, so hätte sich hier, wo die Leitung des Dinta ihr Hauptquartier hat, zeigen müssen, daß die Verdummung der Arbeiter gelungen ist. Wie in diesem Werke die Akten des Dinta stehen, lehren folgende Zahlen: Es wurden bei der Betriebsrätewahl Stimmen abgegeben für freie Gewerkschaften 2370, christliche Gewerkschaften 468, Gewerksverein (G.-V.) 122, Gelbe 308.

Die Frage der Zollerhöhungen im Reichstag

Der Deutschnationale Dr. Schiele hat zwar nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen seinen Platz als Minister der Agrarier räumen müssen, sein Geist aber beherrscht nach wie vor die Amtsstuben des Ministeriums. Sein Nachfolger, der Demokrat Dietrich, bemüht sich krampfhaft, in der Linie zu bleiben, die der Deutschnationale vorgezeichnet hat. Unter dem Deckmantel „Silber für die Landwirtschaft“ soll ohne Rücksicht auf die Kaufkraft breiter Volksschichten die Einfuhr von Vieh und Fleisch erschwert oder gar gebremst werden. Ein gewagtes Beginnt! Daß die deutsche Landwirtschaft in ihrer Entwicklung zu rückgeblieben ist, ist eine bekannte Tatsache, die dazu führte, daß das Reich Millionen und aber Millionen für die Landwirtschaft hergab. Wer von diesen Millionenbeträgen günstiges erwartete, wurde enttäuscht, denn innerhalb eines Jahres läßt sich eine bernadachistische Landwirtschaft nicht zu einer ertragreichen umstellen.

Während des Krieges wurden einzelne Positionen im Zolltarifgesetz von 1902 aufgehoben und damit die Vieh- und Fleischzufuhr nach Deutschland bedeutend erleichtert. Im Jahre 1926 wurde dann ein Gesetz über Zolländerungen erlassen, das die Zollsätze von 1902 für Vieh und Fleisch wieder in Kraft setzte. Diesen angeblich zu niedrigen Höllen schreibt man heute die Ursachen des Tiefstandes der Landwirtschaft zu und fordert eine Erhöhung der Höhe, die mit Rücksicht auf die Volksernährung geradezu beängstigend wirkt. Die nachfolgende Tafel gibt die Höhe der jetzigen Höhe und die von den Agrariern geforderten an.

	Beizug auf je Doppelzentner in Mark	beantragte Erhöhung auf je Doppelzentner in Mark	Lebensgewicht
Rindvieh	18	18	39,50
Schafe	18	18	35
Schweine	18	16	56
Fleisch: frisch und gefroren einfach zubereitet	45	45	70
zu feinerem Tafelgenusse bereitet	60	60	120

Dazu wird dann noch gefordert, daß die Zollsätze bei vertragsmäßigen Abmachungen (für einen Doppelzentner Lebensgewicht) bei Rindvieh zu Schlachtgewichten nicht unter 24,25 M bei Schafen zu Schlachtgewichten nicht unter 22,50 M bei Schweinen zu Schlachtgewichten nicht unter 36,— M bei Fleisch, frisch oder gefroren, nicht unter 45,— M herabgesetzt und daß durch Verschärfung der veterinärpolizeilichen Vorschriften die Grenz- und Einfuhrschilfen gesteigert werden.

Niemand wird bestreiten, daß die deutsche Volksernährung auf die Einfuhr von Vieh und Fleisch angewiesen ist. Denn trotz der Einfuhr von 87 726 Tonnen Gefrierfleisch, 42 064 Tonnen frischem Fleisch und 310 000 Stück Rindvieh, 3881 Schafen und 70 078 Schweinen im Jahre 1928 stand der Fleischkonsum je Kopf der Bevölkerung gegen 1918 noch zurück. Erhöhung der Höhe für Vieh und Fleisch bedeutet naturgemäß weitere Einschränkung des Fleischverbrauchs, und zwar Einschränkung gerade in den minderbemittelten Kreisen des Volkes, so daß das Ergebnis der zu erwartenden Gesundung der Landwirtschaft einen schlechteren Ernährungsstand der Industriebewohner im Gefolge haben würde.

Die Herren Agrarier sollten aber wissen, daß die Gewerkschaften eine Verschlechterung der Ernährung nicht zulassen, sondern sich bemühen werden, die durch Zollerhöhungen verschlechterte Lebenshaltung durch Erhöhung der Löhne wieder wettzumachen. Der Reichstag hat es also in der Hand, eine Verunreinigung der Wirtschaft durch Zollerhöhungen zu vermeiden, indem er die agrarischen Forderungen ablehnt. Das Reichsernährungsministerium wird andere Mittel und Wege suchen müssen, um die Landwirtschaft produktiv zu machen. Dort, wo die Hilfe für die Landwirtschaft aufgedrungen emfsehen muß, werden auch die Vertreter der Arbeiterschaft ihre Mitarbeit nicht versagen.

Die Maschinenausfuhr steigt weiter

Für den Monat Mai berichtet der Spitzenverband der deutschen Maschinenindustrie, daß die Aufträge aus dem Inlande sich auf der Höhe des Monats April gehalten haben. Die Auslandsaufträge wiesen dagegen eine bemerkenswerte Steigerung auf. Dadurch wurde eine leichte Erhöhung des Beschäftigungsgrades erreicht. Die Verhältnisse in der deutschen Maschinenindustrie scheinen ungefähr dem der allgemeinen deutschen Wirtschaft insofern zu entsprechen.

